: antifaschistische nachrichten **Nr. 5**

g 3336 11.3.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Niederländische Rechtspopulisten punkten bei Kommunalwahl

Bei den Kommunalwahlen in den Niederlanden in der vergangegen Woche trat die rechtspopulistische Partei Geert Wilders, „Partei für die Freiheit“ (PVV), nur in zwei Städten an: In Almere verdrängte sie die Sozialdemokraten von der Macht, in Den Haag kam sie auf Platz zwei. In der 187.000-Einwohner-Stadt Almere kam die PVV auf 21,6 Prozent. Sie eroberte damit neun der 39 Sitze im Stadtparlament. Auf die bisher regierenden Sozialdemokraten von der PvdA entfielen 17,6 Prozent der Stimmen. In Den Haag blieb die PvdA mit zehn Sitzen stärkste Kraft. Die PVV holte acht Sitze. „Was in Den Haag und Almere möglich ist, ist im ganzen Land möglich“, tönte Wilders in Almere. Die Kommunalwahlen seien „ein Sprungbrett für unseren Sieg“, rief er seinen Anhängern zu. „Wir werden die Niederlande zurückerobern von der linken Elite, die immer noch an den Islam, an Multikulti, an den Unsinn von Entwicklungshilfe und den europäischen Superstaat glaubt.“ Die Niederländer wählen am 9. Juni ein neues Parlament, nachdem die Regierungskoalition des christdemokratischen Ministerpräsidenten Jan Peter Balkenende vor knapp zwei Wochen am Streit um den Afghanistan-Einsatz des Landes zerbrochen ist. Nach Umfragen kann die Partei mit voraussichtlich 24 Mandaten im 150 Sitze umfassenden Parlament rechnen und wäre damit künftig drittstärkste politische Kraft der Niederlande. Wilders dagegen sieht sich schon als Sieger:„Wir werden am 9. Juni die größte Partei der Niederlande“, sagte er.

Wilders' PVV hatte im Wahlkampf ein Kopftuchverbot in öffentlichen Einrichtungen und den Einsatz von „Stadscommandos“, einer Art Hilfspolizei, gegen jugendliche Migranten gefordert, die er als „marokkanische Straßenterroristen“ bezeichnete. Die PVV will einen Baustopp für Moscheen und macht sich für ein Zuwanderungsverbot aus muslimischen Ländern stark. Im sozialen Bereich fordert die PVV die Beibehaltung der Rente ab 65 statt erst ab 67 ein. *nach Presseberichten* ■

Inhalt:

Am Sonntag, dem 28. März 2010 will „Pro NRW“ in Duisburg einen Aufmarsch gegen die dortige Moschee durchführen und mit ihren rechtsradikalen Parolen auf Stimmenfang gehen.

In Duisburg hat sich ein breites gesellschaftliches Bündnis gebildet, das sich quer stellt, um ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen.

Treffpunkt: 28. März 2010, 12.00 Uhr, in Duisburg-Marxloh

Informationen zu den Planungen in Duisburg:
www.marxloher-buendnis.de
www.duisburg-stellt-sich-quer.de



„Pro NRW“ will Vakuum rechts der Mitte füllen

Zu den Aktivitäten von Pro NRW zur Landtagswahl 2010

Ende November 2009 stimmten fast 57 % der SchweizerInnen bei einem Referendum, das von der extrem rechten Schweizer Volkspartei (SVP) mit Unterstützung der Splitterpartei Eidgenössische-Demokratische Union (EDU) im Sommer 2008 ins Leben gerufen wurde, dafür, dass ein Verbot zur Errichtung von Moscheen mit Minaretten in der Schweizer Verfassung verankert werden soll.

Dies bedeutete für die Pro-Bewegung in Bezug auf ihre antimuslimische Stimmungsmache enormen Rückenwind. Analog zum Schweizer Volksentscheid forderte die Pro-Bewegung, ein Minarett-Verbot in das Landesbaugesetz Nordrhein-Westfalens aufzunehmen, da das Minarett ein „aggressives-islamistisches Machtsymbol“ gegenüber der „christlichen und jüdischen Mehrheitsbevölkerung in Deutschland und Europa“ darstellen würde. In dem Antrag hieß es:[1] *„Die Landesregierung vertreten durch den Minister für Bauen und Wohnen wird in einer Resolution aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung vom 1. März 2000 geltende Bauordnung (BauO NRW) dahingehend zu ändern, dass in § 12, der die Gestaltung von Bauwerken regelt, explizit ein Minarettverbot hinzugefügt wird. Ferner fordert der Rat der Stadt Köln den Oberbürgermeister dazu auf, die bisher vorhandenen Unterlassungen der Landesbauordnung bezüglich eines Verbotes von Minaretten im Rahmen seiner Möglichkeiten für das Gebiet der Stadt Köln auszugleichen, bis eine einheitliche Regelung für das Land Nordrhein-Westfalen gefunden worden ist.“*

Der Pro NRW-Vorsitzende Markus Beisicht äußerte sich zuversichtlich, dass Pro NRW bei den Landtagswahlen in den meisten nordrhein-westfälischen Wahlkreisen mit Direktkandidaten antreten wird. Er sieht ein politisches „Vakuum rechts der Mitte“, das von der Pro-Bewegung besetzt werden soll:[2]

„Die nordrhein-westfälischen Landtagsparteien unterscheiden sich immer weniger. Zwischen Frau Kraft (SPD) und dem farblosen CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers sind relevante inhaltliche Unterschiede kaum auszumachen. Beide sind im Zweifel stets politisch korrekt und links. Es ist demzufolge rechts der Mitte ein Vakuum entstanden, das durch uns besetzt werden wird.“

Fortsetzung Seite 5

Grummeln am rechten Unionsrand

METTMANN/BERLIN. Gegen einen vermeintlichen „Linkstrend" der CDU zieht eine Riege von Akteuren aus dem Umfeld der „Jungen Freiheit", aus sog. „Lebensschützer"-Gruppen und dem rechten Rand der christlichen Kirchen zu Felde. In ihrem „Manifest gegen den Linkstrend" fordern sie u.a. eine „würdige Erinnerung an die deutschen Opfer der Vertreibung", einen „konsequenten Lebensschutz" und die Verteidigung des „christlichen Erbes" vor der „Gefahr der Islamisierung". Zugleich wenden sie sich gegen eine „linke Gesellschaftspolitik", die sich die CDU angeblich zu eigen mache, und die Fortführung der – frei nach Sarrazin – „gescheiterten Multi-Kulti-Integrationspolitik".

In den Publikationen des extrem rechten Randes wird die Initiative des Mettmanner Rechtsanwalts Friedrich-Wilhelm Siebeke, bis vor wenigen Jahren stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bundesparteigerichts, begrüßt. Unterstützung findet sie auch bei dem erst kürzlich gegründeten „Arbeitskreis Engagierter Katholiken" (AEK) in der CDU. Mehr als 2000 Unterschriften seien schon nach kurzer Zeit gesammelt worden, so Siebeke und der AEK-Leiter Martin Lohmann. Siebeke hatte im Zuge der Debatte um den Ausschluss des CDU-MdB Martin Hohmann vor einigen Jahren ein Sondervotum verfasst. *hma* ■

Engere Zusammenarbeit vereinbart

MÜNCHEN. Bereits zum zweiten Mal führten Anhänger der „PI-Gruppe München" und der sog. „Bürgerbewegung Pax Europa" (BPE) in der Münchener Fußgängerzone einen gemeinsamen Informationsstand durch. Beworben wurde u.a. eine Veranstaltung über den Islam mit einem Vertreter der „Christian Solidarity International" und dem BPE-Funktionär Wilfried Puhl-Schmidt, die am 3. März im „Zunfthaus Sendlingen" stattfinden sollte.

Schon im Januar hatten die Münchener Anhänger der islamophoben Internetplattform „PI-News" an der jährlichen Mitgliederversammlung des BPE-Landesverbandes Bayern teilgenommen. Dort wurde eine engere Zusammenarbeit vereinbart. Außerdem sei in einem nächsten Schritt geplant, auch die „PI-Gruppe Nürnberg" in diese Allianz aufzunehmen. Bei den Anhängern von „PI-News" wird diese Entwicklung unterschiedlich beurteilt. Ohnehin seien die Teilnehmer von BPE- und PI-Treffen „zu 75 %" dieselben Personen, weiß Benutzer „20. Juli 1944" in einem Kommentar auf „PI-News". Benutzer „Mastro Cecco" plädiert da eher für eine Zusammenarbeit „nur auf informeller Ebene". Während „Pax Europa" bisher „einen guten Ruf" habe, würde „PI" allgemein eher als „Sammelbecken von Extremisten" angesehen. „PI" solle doch besser weiter die Rolle des „bösen Buben", „des Eisbrechers", spielen, während sich BPE „brav-bürgerlich" gebe. Zumindest „auf offizieller Ebene" sei es besser, „die bisherige Arbeitsteilung beizubehalten. Ein weiterer Benutzer mit dem Namen „Verfassungstreu", der sich als BPE-Mitglied outet, wirbt in diesem Zusammenhang für die „PRO NRW"-Mahnwachen vor Moscheen im Ruhrgebiet Ende März. *hma* ■

Jahrestagung von „Die Wende e.V."

SIEGEN. Im „Haus Patmos" bei Siegen soll vom 9. bis 11. April die diesjährige Tagung des Vereins „Die Wende" stattfinden. Die sich als „Aktion zur geistig-kulturellen Erneuerung Deutschlands aus seinen christlichen Wurzeln" verstehende Gruppe will unter dem Motto „Demokratie und Wahrheit – Welche Fundamente braucht die offene Gesellschaft?" tagen. Den Einführungsvortrag halten soll Prof. Harald Seubert (Nürnberg), Autor im rechten Wochenblatt „Junge Freiheit" und Referent beim „Institut für Staatspolitik". Als weitere Referenten werden Prof. Dr. Klaus Motschmann (Berlin), ehemals Vorstandsmitglied der am rechten Rand des Protestantismus beheimateten „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland", Felizitas Küble (Münster) vom „Christopheruswerk" und Siegmar Faust, ehemals Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen im Freistaat Sachsen, angekündigt. *hma* ■

Rassistische Fantasien – aber laut OLG München keine Volksverhetzung

MÜNCHEN. Das NPD-Plakat „Guten Heimflug" erfüllt einem Urteil des Oberlandesgerichts München zufolge nicht den Tatbestand der Volksverhetzung. Die NPD hatte das Plakat im bayerischen Landtagswahlkampf 2008 eingesetzt. Eine Verbreitung ist dem Urteil zufolge aber nicht strafbar, aus diesem Grund sprach das OLG einem Bericht der Augsburger Allgemeinen zufolge auch einen NPD-Parteifunktionär frei. Für den Oberstaatsanwalt sei diese Entscheidung unbefriedigend, heißt es: „Wir hatten da eine ganz andere Ansicht. Dieses Urteil dürfte Richtung weisend für die nächsten Wahlkämpfe sein." Die könnten „eine gewisse neue Breite in der Aussage der Plakatierung" einnehmen, befürchtet er. Weiter sei anzunehmen, dass Staatsanwaltschaften künftig bei ähnlichen Fällen keine Durchsuchungsbeschlüsse mehr erwirken können. Auch im Wahlkampf in Rheinland-Pfalz hatte die NPD das Plakat verbreitet, dort waren NPD-Räume durchsucht worden.

Die Plakate zeigen eine Zeichnung eines fliegenden Teppichs, auf dem eine verschleierte Frau, ein Turbanträger und ein dunkelhäutiger Mann sitzen. Darüber stand in großen Lettern: „Guten Heimflug!"

http://npd-blog.info/category/bundeslander/bayern/ ■

1. Mai in Süddeutschland

BAYERN. Während Kameradschaftsnazis und NPDler aus benachbarten Bundesländern am 1. Mai im bayerischen Schweinfurt aufmarschieren wollen, hat die Bayern-NPD eine Demonstration von Nürnberg nach Fürth angemeldet. Diese wurde jetzt allerdings abgesagt, wohl aus Angst, dass sie von der Teilnehmerzahl her zum Flop werden könnte. Stattdessen ruft die NPD Bayern jetzt auf ihrer Homepage dazu auf, die Demos in Erfurt und Zwickau zu unterstützen. Es scheint also weiterhin große Differenzen zwischen den bayerischen Kameradschafts- und Parteinazis zu geben. Die ständig wachsende Unterstützerliste der Nazidemo in Schweinfurt lässt den Schluss zu, dass die unterfränkische Industriestadt zum zentralen Aufmarschort der süddeutschen Nazis werden soll. Zudem wurde

im benachbarten Würzburg auch eine Demonstration angemeldet, die bis jetzt aber nicht beworben wird.

Unter Federführung des DGB hat sich im Februar ein breites Bürgerbündnis aus Parteien, Gewerkschaften, Gruppen und Organisationen gegründet, das friedlich gegen die Nazis demonstrieren möchte. Das Bündnis rechnet mit einer großen Anzahl von GegendemonstrantInnen. Von Seiten der Stadt wird mit dem Gedanken gespielt, die Nazidemo zu verbieten, was jedoch erfahrungsgemäß vor Gericht keinen Bestand haben wird.

Aktuelle Infos, Hintergründe und Presseberichte unter:

http://schweinfurt.antifa.net, http://infoladenwuerzburg.blogsport.de/1-mai-review/, http://www.art-nb.de ■

Buntes Bündnis gegen „braunen Müll“

SCHWEINFURT. Gegen den für den 1. Mai in Schweinfurt angekündigten Aufmarsch rechtsextremer Gruppen hat sich am Montagabend, 8.2.2010, ein „Bündnis für Demokratie und Toleranz gegründet. Schweinfurt ist bunt, nicht braun“, lautet das Motto, und dementsprechend ist auch die Zusammensetzung der beigetretenen 41 Gruppen, Parteien und Organisationen. Deren über 120 Vertreter füllten das Kolpinghaus bis auf den allerletzten Platz. Zur von den Medien viel beachteten Gründung hatte der DGB aufgerufen, dessen Regionschef Frank Firsching mit dieser Resonanz nicht gerechnet hatte. „Gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Schweinfurt – Schweinfurt ist bunt, nicht braun! Bündnis für Demokratie und Toleranz“, wurde als Name gewählt. Folgender Text ist die Grundlage der Zusammenarbeit:

„Das Bündnis ist sich darüber einig, dass Rechtsextremismus in Schweinfurt keine Chance haben darf. Rassismus, Ausländerhass, Gewalt und die Verfolgung von Minderheiten sind mit den Werten einer aufgeklärten Gesellschaft nicht vereinbar. Das Bündnis gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai sieht es als seine Verpflichtung an, solidarische Maßnahmen in die Wege zu leiten, um alten und neuen Nazis am 1. Mai in Schweinfurt eine klare Absage zu erteilen“.

Dieses Ergebnis entstand nach einer intensiven Debatte über den Umfang des Textes und den Namen des Bündnisses.

Das so genannte „Freie Netz Süd“ hat für den 1. Mai in Schweinfurt und in Würzburg jeweils eine Kundgebung mit Demonstration angemeldet. Der DGB geht von einem Aufmarsch in Schweinfurt aus, wobei diese Aussage mit Sicherheit erst im April getroffen werden kann. Die Anwesenden waren sich jedoch einig, dass die Bündnisarbeit beginnen muss, um vorbereitet zu sein. Experten gehen davon aus, dass mit mindestens 500 gewaltbereiten Nazis aus ganz Süddeutschland zu rechnen ist.

Wie geht es weiter, was ist zu tun? Nach der Verabschiedung des Gründungstextes wurde ein Vorbereitungsteam aus elf Personen installiert, die jeweils ihre Verbände oder Organisationsgruppen vertreten. Das sind je ein Vertreter/Vertreterin von DGB, DGB-Jugend, Stadtjugendring, Integrationsbeirat der Stadt, Kath./ev. Dekanat, Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, VdK, VVN, Stattbahnhof, BürgerInnenaktion „Solidarität statt Rassismus“. Selbstverständlich soll das Bündnis noch weiter wachsen. Dazu können weitere Verbände und Parteien ihre Unterstützung beim DGB anmelden.

nachrichten & standpunkte, arbeiterzeitung für die region schweinfurt 2-2010 ■

Auch 2010 aktiv gegen Rechts

Der DGB wird auch im Jahr 2010 gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit mobil machen – dies kündigte Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands in einem Interview an. Zentral sei dabei die Auseinandersetzung mit rassistischen und antisemitischen Einstellungen. Diese, so Buntenbach, seien „bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet“.

Ein Ansatzpunkt für die Gewerkschaften sind dabei die Unternehmen. Buntenbach: „Wir wollen auch die Betriebe motivieren, diese Themen in der Aus- und Fortbildung zu behandeln.“ Die Gewerkschafterin verwies darauf, dass die Zahl der rechtsextremen Propaganda- und Gewalttaten im Jahr 2009 „Besorgnis erregend hoch“ und „die exzessive Brutalität erschreckend“ gewesen sei. Zugenommen hätten auch Übergriffe von Rechtsextremen auf gewerkschaftliche Demonstrationen und Veranstaltungen. Buntenbach: „Wir werden weiter vor Ort, wo immer es uns möglich ist, unseren Beitrag dazu leisten, dass Nazis keinen Raum für ihre menschenverachtende Demagogie und gewalttätigen Auftritte finden.“

Buntenbach forderte auch erneut, ein neues NPD-Verbotsverfahren einzuleiten. Es sei „nicht hinnehmbar, dass die NPD und ihr nahe stehende Gruppierungen schon seit Jahren unter dem Schutz des Parteiengesetzes und mit Steuermitteln ihre nationalistischen und demokratiefeindlichen Vorstellungen verbreiten und zur Gewalt aufrufen“.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Februar 2010“ ■

Pfadfinder grenzen sich von rechten Jugendbünden ab

In einer im Februar veröffentlichten Erklärung haben sich der Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder (BdP) und der Deutsche Pfadfinderverband (DPV) gemeinsam gegen eine Teilnahme von völkisch-nationalistischen Jugendbünden an gemeinsamen Veranstaltungen ausgesprochen. „Wir möchten unsere Mitglieder einem derartigen Einfluss nicht aussetzen und werden mit diesen Gruppierungen keine gemeinsamen Veranstaltungen durchführen” heißt es im Text der Erklärung. Diese „Klarstellung“ sei „angestoßen von der Diskussion um den Teilnehmerkreis des Meißnerlagers 2013.“ Dieses Lager ist die hundertjährige Jubiläumsveranstaltung des sogenannten „Freideutschen Jugendtages“. Der BdP ist ein einzelner Pfadfinderbund, im DPV als Verband sind sechzehn größere und kleinere Pfadfinderbünde vereinigt. Sie repräsentieren mit zehntausenden Mitgliedern einen großen Teil der nicht-konfessionellen Pfadfinder-Verbandsszene in Deutschland. Die Gemeinsame Erklärung von BdP und DPV reiht sich ein in die bereits zahlreich veröffentlichten Distanzierungserklärungen des Deutschen Pfadfinderbundes Mosaik (DPBM), der Deutschen Waldjugend, dem Zugvogel und dem Ring junger Bünde in Baden-Württemberg. Hier der Volltext der Erklärung:

„Angestoßen von der Diskussion um den Teilnehmerkreis des Meißnerlagers 2013 stellen der Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder und der Deutsche Pfadfinderverband klar:
Wir stehen für eine weltoffene Gesellschaft, in der Menschen ohne Ansehen ihres Geschlechtes, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer kulturellen Identität und ihrer Religion gleiche Rechte und Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe genießen.
In unseren konfessionell und parteipolitisch unabhängigen Bünden haben unterschiedliche politische Auffassungen ihren Platz, was selbstverständlich die Achtung der politischen Meinung auch des Andersdenkenden einschließt.
Allerdings gibt es weltanschauliche Grundhaltungen, die sich nicht mit den von uns vertretenen Werten, die wir den uns anvertrauten Kindern und Jugendlichen vorleben, vereinbaren lassen. Dazu zählen wir menschenfeindliche Einstellungen, wie sie sich in Fremdenfeindlichkeit, Geschichtsrevisionismus und völkisch-nationalistischem Gedankengut äußern. Von diesen distanzieren wir uns hiermit in aller Deutlichkeit.
Unsere ideelle Basis bilden die Werte der Pfadfinderregeln bzw. -gesetze sowie der Meißnerformel von 1913. Deshalb können wir es vor eigener Verantwortung und in innerer Wahrhaftigkeit nicht wort- und tatenlos hinnehmen, wenn Gruppierungen, die der Jugendbewegung zugehören wollen, solche Positionen vertreten.
Wir möchten unsere Mitglieder einem derartigen Einfluss nicht aussetzen und werden mit diesen Gruppierungen keine gemeinsamen Veranstaltungen durchführen.

Die Bundesleitung des Bundes der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e.V.
Der Vorstand des Deutschen Pfadfinderverbandes e.V., Februar 2010

http://rechte-jugendbuende.de/?p=871 ■

Gemeinsam gegen nationalen Kleingeist und für internationale Solidarität

Mehr als 80 Antifaschist(inn)en aller Altersgruppen, die überwiegend aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet kamen, trafen sich am 27. Februar im Duisburger Internationalen Zentrum der Volkshochschule zur mittlerweile 29. antifaschistischen Landeskonferenz. Unter dem Konferenzmotto „Internationale Solidarität – Gegen nationalen Kleingeist“ berieten sie über ein breites Themenspektrum. Nicht unwichtig war dabei der Erfahrungs- und Informationsaustausch zur Vorbereitung der Aktionen gegen die von pro NRW geplante provokatorische „Konferenz für ein Minarettverbot am 27. April sowie des geplanten Sternmarschs auf die Moschee in Duisburg-Marxloh. Insbesondere in einer Arbeitsgruppe am Nachmittag besprachen Teilnehmer(innen) aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet, wie der Stand der Mobilisierung ist und was noch bis zum Ende des Monats zu tun bleibt, um den Rassisten eine Niederlage wie bei ihren beiden Provokationsversuchen in Köln beizubringen.

Am Vormittag gab es Beiträge verschiedener Referenten zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten, die sich alle um den Schwerpunkt Rassismus und den nötigen Widerstand gegen diese menschenfeindliche Ideologie und Praxis drehten. Den Anfang machte Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR (Internationale Vereinigung der Widerstandskämpfer - Bund der Antifaschisten), der auf die Bedeutung der internationalen Solidarität im antifaschistischen Kampf hinwies. Antifaschismus war von Beginn an, d.h. seit Beginn der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts international und diese Haltung sei auch und gerade heute, in einer Zeit, in der rassistische und faschistische Kräfte in vielen Ländern (nicht nur) Osteuropas stärker werden, unabdingbar.

In einem im Ton leisen, aber umso eindrucksvolleren Beitrag schilderte Roman Franz vom Landesverband Deutscher Sinti und Roma NRW die bedrohliche Situation einiger zehntausend Menschen allein in Nordrhein-Westfalen, die als Flüchtlinge vor allem aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland nur geduldet werden und jederzeit in die Nachfolgestaaten Jugoslawiens abgeschoben werden können (und auch in einigen Gemeinden abgeschoben werden). Franz forderte im Namen des Verbandes deutscher Sinti und Roma ein Bleiberecht nach 5 Jahren Duldung (3 Jahre bei besonders betroffenen Personen) und bat die Versammlung um Unterstützung bei der praktischen antirassistischen Arbeit zugunsten der Menschenrechte der Sinti und Roma.

Jörg Detjen aus Köln, Fraktionsvorsitzender der LINKEN. im Rat, schilderte seine Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit pro Köln um den Bau der Moschee in Ehrenfeld. „Der Bau eines Gotteshauses ist auch ein Zeichen dafür, dass Menschen bleiben wollen“, schätzte er ein



und warb dafür, Linke sollten ihre vielfach vorhandene Zurückhaltung, wenn es um den Moscheebau gehe, aufgeben und solche Projekte unterstützen.

Dem widersprach Düzgün Altun vom Bundesvorstand der DIDF (Föderation der demokratischen Arbeitervereine). Zwar bejahte auch er das Grundrecht auf freie Religionsausübung für alle Gläubigen, sah aber im Bau von Moscheen kein Ziel, für das Linke eintreten müssten. Er beschrieb die rechte türkische Szene in der Bundesrepublik, die sich teilweise ein religiöses Deckmäntelchen umhänge, aber weiterhin die alte nationalistische und häufig faschistische Ideologie verträte. Leider reichte die knapp bemessene Zeit nicht aus, um im Plenum die Podiumsbeiträge zu diskutieren.

In den nachmittäglichen Arbeitsgruppen ging es neben der Auseinandersetzung mit pro NRW um die wieder verstärkt auftretende Totalitarismusdoktrin (Rechtsextremismus/Linksextremismus), die die Arbeit antifaschistischer Gruppen erschwert, das längst überfällige Verbot der NPD und den neuen deutschen Militarismus. *tri* ■

Aufruf des ‚Bündnis gegen Rechts', Gelsenkirchen gegen die Konferenz von 'Pro NRW' und den Aufmarsch der NPD am 26./27. März in Gelsenkirchen

Quer-GE-stellt – am 26./27. März keine Nazi-Konferenz in Gelsenkirchen!

Die rechtspopulistische Partei Pro-NRW und die faschistische NPD kündigen an, am 27. und 28.3.2010 Aufmärsche in Gelsenkirchen und gegen die Merkez-Moschee in Duisburg durchzuführen. Pro-NRW und NPD wollen wie in der Schweiz ein Minarettverbot durchsetzen. RassistInnen und NeofaschistInnen aus Deutschland und ganz Europa sind zu ihren Aufmärschen/Konferenzen bereits eingeladen. Wir stellen uns allen RassistInnen und NeofaschistInnen entgegen, egal woher sie kommen!
Am 26.3. stellt sich die rassistische Gruppe um K. Hauer (ehemaliger Republikaner und nun Ratsmitglied für PRO NRW in Gelsenkirchen) in schlechter Tradition vor eine Moschee an der Horsterstraße. Am 27.3. wollen sie in Schloss Horst (Gelsenkirchen) einen „Parteitag veranstalten“. Und am 28.3. rufen die Hetzer zu einem „Sternmarsch“ gegen die Moschee in Duisburg Marxloh auf. Nicht mit uns!
Pro NRW versucht ein Klima des Hasses in der Bevölkerung aufzubauen. Sie wollen uns spalten, indem sie behaupten, dass Gelsenkirchen nur die Heimat für Christen sei. Ihr Ziel ist klar und weitreichend: Sie wollen nicht nur andere Religionen unterbinden, sondern Menschen mit einer Religionszugehörigkeit außer dem Christentum aus Deutschland (wieder) entfernen.
Das Bündnis gegen Rechts will eine Gesellschaft, die nicht auf Hautfarbe, Vermögen, Herkunft, Geschlecht, sexuelle Orientierung oder Religion schaut, sondern die Taten der einzelnen Menschen beurteilt.
Pro NRW fällt mit ihren Ansichten hunderte Jahre zurück, daher ist das Urteil für uns klar: „Keine Nazi-Aktionen in Gelsenkirchen und anderswo – Keine geistige Brandstiftung für Pogrome!“ Wir rufen alle antifaschistischen Menschen auf, stellt euch am 26. März von 10-15 Uhr schützend vor die Moschee an der Horsterstraße! Wir rufen am 27. März dazu auf, Schloss Horst mit Menschenketten für die Faschisten unzugänglich zu machen oder die Zufahrtswege zu blockieren. Das Schloss gehört uns und wir entscheiden darüber, ob dort Nazis einziehen dürfen! Am 28. März treffen wir uns und fahren gemeinsam nach Duisburg, um den Menschen dort beizustehen. Dabei ist unser Aktionskonsens klar:
Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen die Nazis. Von uns geht dabei keine Eskalation aus. Unsere Massenblockaden sind gewaltfreie Menschenblockaden. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.
Das Bündnis gegen Rechts (BGR) ist ein Personenbündnis. Menschen aus den Jusos, der SPD, den Grünen, der Grünen Jugend, der LINKEN, der Linken Alternativen, der DKP, der VVN-BdA, Gelsenzentrum, der Schokofront, der SJD - Die Falken , der Schalker Fan-Ini, der Antifa und den Gewerkschaften sind beim BGR aktiv. Es will über die Untriebe der Nazis informieren, betreibt Aufklärung und stellt sich diesen, wenn sie aktiv werden, in Gelsenkirchen in den Weg. *www.gelsenkirchen-nazifrei.de* ■

Fortsetzung von Seite 1:
Wahlkampfaktivitäten von pro NRW

Mit dem Wahlplakat mit dem Titel „Altparteien abwracken“ wolle man „die vielen mit der etablierten Politik unzufriedenen Bürger Nordrhein Westfalens“ angesprechen, um „Protestwähler“ zu erreichen.[3] Damit solle ausgedrückt werden, dass als politische Gegner „CDU, SPD und Co.“ gesehen werden „und nicht irgendwelche Splittergrüppchen, die um die Vorherrschaft im Nullkomma-Ghetto kämpfen“. Bei diesen „Splittergrüppchen“ handelt es sich vermutlich um NPD und die „Republikaner“, die mit der Pro-Bewegung um die Hegemonie im rechten Lager streiten.

Zwei weitere Plakate mit der Forderung nach einem Minarettverbot sowie härtere Strafen gegen „Intensivstraftäter“ sollen die „Kernthemen“ der Pro-Bewegung illustrieren. Weiterhin soll ein Jugendflugblatt über die „Gefahren der Islamisierung“ vor der Landtagswahl an „Schulen des Rheinlandes, des Ruhrgebiets und im Großraum Bielefeld“ verteilt werden.[4]

Am 19.2.2010 fand der „Programmparteitag“ von Pro NRW im Forum Leverkusen mit angeblich 300 Delegierten und Gästen statt.[5]

Der FPÖ-Europaabgeordnete Andreas Mölzer sprach als Gastredner zu den Anwesenden und sicherte die Beteiligung seiner Partei an der „internationalen Konferenz für ein Minarettverbot“ Ende März im Ruhrgebiet zu:[6] *„Die Idee eines EU-Bürgerbegehrens für ein Minarettverbot nach Schweizer Vorbild hat etwas Bestechendes. Gerade wir europäischen Rechtsdemokraten sollten die ersten sein, die solche basisdemokratischen Instrumente für die Interessen der einheimischen Bevölkerung nutzen. Der Aufschrei der etablierten Medien und Gutmenschen darüber wäre sicher enorm.“*

Danach benannte Markus Beisicht in einer „Grundsatzrede“ die Programmpunkte von NRW für die bevorstehende Landtagswahl:[7]

– Der „Kampf gegen die Islamisierung und Überfremdung“,

– Stärkung der „öffentlichen Sicherheit“ und mehr Transparenz in der Landespolitik,

– Stärkung der „Meinungsfreiheit“

– Die „Rückkehr zu traditionellen und erprobten Werten in Bildung, Kultur und Erziehung“.

Als Wahlziel nannte Beisicht den Einzug in den Landtag:[8] *„Eine Rüttgers-CDU, die schon Planspiele für eine schwarz-grüne Koalition macht, kann keine Alternative für konservative und patriotische Bürger dieses Bundeslandes mehr sein. Wir dagegen füllen das Vakuum zwischen den prinzipienlosen Altparteien in der Mitte und abgehalfterten Splittergruppierungen im Rechtsaußenbereich. Wir machen eine Politik für die einheimische Bevölkerung im Stile unserer Partnerparteien FPÖ und Vlaams Belang, die dafür in ihren Heimatländern Wahlergebnisse von 20 % und mehr der Stimmen erreichen. Dieses Potential für eine rechtspopulistische Partei gibt es theoretisch auch in Deutschland, und wir wollen im Flächenland Nordrhein-Westfalen den Beweis antreten, dass wir auch kurzfristig ein Ergebnis von 5 + x erreichen können“.*

Laut Angaben von Pro NRW verabschiedeten die Delegierten des Parteitages einstimmig das vom Vorstand vorgeschlagene Programm, was „als Zeichen der Geschlossenheit“ interpretiert wurde.[9] Das Wahlprogramm der Pro-Bewegung besteht aus acht Punkten (Wir pro NRW, Zuwanderung begrenzen, Islamisierung stoppen, Innere Sicherheit herstellen, Soziale Gerechtigkeit schaffen, Demokratie und Bürgerrechte stärken, Korruption stoppen, Wertorientierte Bildung und Erziehung ermöglichen, Rückbesinnung auf kulturelle Werte durchsetzen), die im Wesentlichen auf das allgemeine Programm von Pro NRW aufbauen.



Die Liste der KandidatInnen für die Landtagswahl setzt sich zur Hälfte aus führenden Personen von Pro Köln zusammen, was auf die dünne Personaldecke der „Bewegung“ hinweist. Die zwölf Listenplätze werden durch folgende Personen besetzt: Markus Beisicht, Judith Wolter, Garry Hauer, Markus Wiener, Ronald Micklich, Daniel Schöppe, Fabian Thies, Bernd M. Schöppe, Udo Schäfer, Susanne Kutzner, Jürgen Hintz und Karel Schiele.

In ihrer Informationsbroschüre stellt sich Pro NRW als „ehrlicher Anwalt“ der Bevölkerung dar und polemisiert gegen die „Heuchelei und Verlogenheit“ der etablierten Politik in NRW. Markus Beisicht erklärte:[10] *„Wir meinen es ehrlich mit Nordrhein-Westfalen und seinen Menschen! (…) Es gibt wohl nichts Schlimmeres in der Politik als die allgegenwärtige Heuchelei und Verlogenheit der seit Jahrzehnten herrschenden etablierten Parteien. Vor den Wahlen werden regelmäßig Steuergeschenke und ausschließlich am Gemeinwohl orientierte Pläne für die Zukunft versprochen. Nach den Wahlen sieht es genauso regelmäßig sehr düster aus. Versprochen, gebrochen: So lautet die Bilanz der Altparteien, egal ob SPD und Grüne oder CDU und FDP die aktuelle Landesregierung bilden.“*

Extra für den Wahlkampf wurde das Internetportal unter dem Motto „Abendland in Christenhand“ eingerichtet. Dort ist eine Zusammenfassung der Wahlkampfaktivitäten zu sehen, die vor allem als erste Informationsquelle für potentiell interessierte WählerInnen dient.

Am Wochenende vom 26. bis 28. März 2010 plant Pro NRW im Ruhrgebiet einen „Sternmarsch“ zur Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh sowie eine „Konferenz für ein europaweites Minarettverbot“. Diese Entscheidung für die Durchführung den „Sternmarsch“ und die „Konferenz für das Minarettverbot“ im Ruhrgebiet sei ganz bewusst gefällt worden:[11] *„Wer mit wachen Augen durch die Ruhrgebietsstädte läuft, der weiß: Die Einwanderer-Integration, insbesondere von Millionen Muslimen, ist gescheitert. Schuld daran sind die Multi-Kulti-Fetischisten von CDU bis Linkspartei, die aus Feigheit und ideologischer Verblendung viel zu lange die Türen nach Deutschland, ohne Kontrolle und ohne sich um die Folgen Gedanken zu machen, geöffnet haben. Damit steht die Zukunft unserer christlich-abendländischen Kultur, unseres Wirtschaftssystems und auch des Sozialstaates auf dem Spiel.“*

Pro NRW will mit dieser „öffentlichkeitswirksamen Kampagne gegen Minarette, Parallelgesellschaften und den radikalen Islam“ die Voraussetzungen für einen Landtagseinzug in Nordrhein-Westfalen schaffen.[12]

Der Schweizer SVP-Politiker Oskar Freysinger wandte sich vorab mit einer schriftlichen Grußbotschaft an die TeilnehmerInnen des Kongresses:[13] *„Liebe abendländische Freunde, Nicht die Angst hat euch hier versammelt, auch nicht der Hass auf fremde Kulturen. Was euch hier versammelt hat ist das Bekenntnis zu unserer gemeinsamen, mehrtausendjährigen Kultur. Was ihr verteidigen wollt sind eure Wurzeln, eure Identität, eure Freiheit! Die Toleranz darf nicht dazu missbraucht werden, Intoleranz einzuführen. Der Multi-Kulturalismus darf nicht dazu herhalten, eine religiöse Monokultur zu verbreiten. Die Öffnung soll nicht erlauben, geschlossene Stadtviertel zu schaffen. Und die Demokratie darf nicht das Tor sein, durch welches das trojanische Pferd des Totalitarismus bis mitten ins Herz Europas vorstösst. Jeder ist bei uns willkommen, der unsere Regeln, unsere Werte und unser*

Rechtssystem akzeptiert. Liebe Freunde, ihr seid hier, weil euch die abendländischen Werte noch etwas bedeuten, weil ihr euch auflehnt gegen jene lendenlahmen Eliten, die eure Freiheit Stück um Stück verscherbeln und euch die grosse Lüge vom Weltbürgertum weismachen wollen. Es weht ein Wind des Aufruhrs durch Europa! Die freiheitsliebenden Bürger wollen wieder ernst genommen werden und ihr Schicksal selber in die Hand nehmen. Sie wollen keine Symbole fremder Herrschaftsgelüste in ihren Städten sehen. Sie wehren sich gegen die lautstarke Verkündigung eines einzig seligmachenden Dogmas. Sie wollen keine Bajonette aufpflanzen lassen, in deren Schatten Hassprediger ihr Unwesen treiben und Frauen versklavt werden. Ein kleines, unabhängiges Volk zeigte den Weg. Das weiße Kreuz auf rotem Grund sei euer Wegweiser. Es lebe die Freiheit! Oskar Freysinger“



An dieser „internationalen Konferenz für ein Minarettverbot“, die im Rahmen eines Parteitages von Pro NRW durchgeführt werden soll, sollen „hochkarätige Politikern aus der Schweiz, Schweden, Österreich, Flandern, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Tschechien, Ungarn, Dänemark, Norwegen sowie den Vereinigten Staaten“ teilnehmen. Diese „Konferenz“ soll am Samstag, dem 27. März, im Gelsenkirchener Schloss Horst stattfinden.[14] Zum Ziel dieser Veranstaltung äußerte sich Beisicht:[15] *„Auf dieser Veranstaltung sollen ganz konkret die Möglichkeiten für ein diesbezügliches EU-Bürgerbegehren gemäß den Bestimmungen des Lissabonner Vertrages beraten werden. Europa macht mobil gegen Minarette, Parallelgesellschaften und den islamistischen Extremismus.“*

Am Sonntag, dem 28. März, soll unter dem Motto „Abendland in Christenhand“ der „Sternmarsch“ zur Moschee in Duisburg-Marxloh stattfinden. Der „Sternmarsch inklusive mehrerer Auftaktkundgebungen und einer großen gemeinsamen Abschlusskundgebung“ direkt vor der Merkez-Moschee soll zwischen 11.00 Uhr bis 19.00 Uhr durchgeführt werden. Laut Pro NRW würden dann „bis zu 2000 Teilnehmer aus ganz Europa“ von verschiedenen Ausgangspunkten „zur gemeinsamen Abschlusskundgebung unmittelbar vor der Moschee“ marschieren. Das Thema der angeblichen Islamisierung Deutschlands soll zu einem zentralen Bestandteil des Wahlkampfes werden:[16]

„Rechtsdemokraten aus ganz Europa werden gemeinsam mit dem europäischen Städtebündnis gegen Islamisierung am letzten Wochenende im März 2010 Islamkritik im gesamten Ruhrgebiet zum Thema Nr. 1 machen. Die europäischen Patrioten haben erkannt, dass die autochthonen Völker Europas längst mit einem immer aggressiver auftretenden Zuwanderungsislam konfrontiert sind. Egal ob England, Frankreich, Deutschland, die Schweiz oder Österreich: Sogenannte Hassprediger, die in Moscheen offen zum Dschihad, also zum heiligen Krieg gegen die Ungläubigen aufrufen, sind ebenso wenig eine Seltenheit wie Zwangsehen oder Schandmorde an jungen Frauen, die sich von den Sitten des Landes ihrer Väter oder Großväter lossagen. Zugleich befindet sich die über Jahrhunderte gewachsene abendländisch-europäische Kultur auf einem Rückzug, der nicht nur durch die islamische Massenzuwanderung, sondern auch durch die Dogmen der politischen Korrektheit bedingt ist. Das Schweizer Beispiel hat hingegen gezeigt, dass Kritik an Islamisierung und Überfremdung nichts Ehrenrühriges oder Randständiges, sondern absolut mehrheitsfähig in der Bevölkerung ist.“

Vollmundig werden „diverse weitere öffentlichkeitswirksame islamkritische Veranstaltungen im Herzen des Ruhrgebiets“ angekündigt. Was davon wirklich stattfindet, bleibt abzuwarten.

Als Konkurrenzveranstaltung plant die NPD am 27. März eine Kundgebung vor der Merkez-Moschee. Am nächsten Tag soll eine NPD-Demonstration unter dem Motto *„Der kulturellen, ethnischen und religiösen Überfremdung unserer Heimat entgegentreten – Keine islamische Machtsymbolik in unseren Städten und Gemeinden!“* auf dem Programm stehen.[17]

Nachdem die Pro NRW im Jahre 2007 gegründet wurde, entwickelte sich das Ruhrgebiet neben dem Rheinland immer mehr zu einem Schwerpunkt in den Planungen von Pro NRW. In ihrem Parteiprogramm wird genuin auf das Ruhrgebiet verwiesen. Es entstand ein eigener Bezirksverband Ruhrgebiet mit einer Internetseite. Ein eigener „Jugendbeauftragter“ von Pro NRW im Ruhrgebiet, der „Auszubildende André Schindler“ wurde installiert. Vor allem der Kreisverband Gelsenkirchen mit dem Vorsitzenden Garry Hauer und der Kreisverband Dortmund mit André Picker sind erfolgreich bei der Werbung neuer MitgliederInnen und versuchen, aktiv in die jeweilige Kommunalpolitik anzugreifen.

Nach den peinlichen Auftritten bei den „Antiislamisierungskongressen“ in Köln 2008 und 2009, ist auf keinen Fall von „bis zu 2000 Teilnehmern“ auszugehen. Da jedoch die Strukturen von Pro NRW sich in den letzten Jahren vor allem im Ruhrgebiet gefestigt und teilweise professionalisiert haben, kann von ca. 300 und mehr TeilnehmerInnen ausgegangen werden.

Michael Lausberg ■

Anmerkungen:

1 www.pro-koeln-online.de/artikel09/011209_deutschland.htm
2 www.pro-nrw.net/index.php?option=com_content&view=article&id=1500:unser-ziel-ist-es-am-9-mai-in-den-landtag-einzuziehen&catid=42&Itemid=42
3 www.pro-koeln-online.de/ Text vom 9.2.2010
4 www.pro-nrw.net.images/ltw/jugendflugblatt-neu.qxd.pdf
5 www.pro-nrw.net/index.php?option=com_content&view=article&id=1575:phaenomenaler-auftakt-zum-landtagswahlkampf&catid=15&Itemid=20
6 Ebd.
7 Ebd.
8 Ebd.
9 Ebd.
10 www.pro-nrw.net/images/ltw/programm-rgb.pdf
11 www.pro-nrw.net/index.php?option=com_content&view=article&id=1500:unser-ziel-ist-es-am-9-mai-in-den-landtag-einzuziehen&catid=42&Itemid=42
12 www.pro-koeln-online.de/artikel2010/ß80110_termine.htm
13 www.pro-koeln.online.de/artikel2010/230210_freysinger.htm
14 unrastwildcat.blogspot.de/2010/01/21/probewegung-plant-anti-islam-kongress-in-gelsenkirchen/
15 www.pro-koeln-online.de/artikel2010/ß80110_termine.htm
16 Ebd.
17 nrwrex.wordpress.com/2010/01/11/du-auch-npd-will-ende-marz-in-duisburg-demonstrieren/

Quellen:

- www.pro-koeln-online.de/artikel09/011209_deutschland.htm
- www.pro-koeln-online.de/ Text vom 9.2.2010
- www.pro-nrw.net.images/ltw/jugendflugblatt neu.qxd.pdf
- www.pro-koeln-online.de/artikel2010/ß80110_termine.htm
- www.pro-koeln.online.de/artikel2010/230210_freysinger.htm
- www.pro-nrw.net/images/ltw/programm-rgb.pdf
- www.pro-nrw.net/index.php?option=com_content&view=article&id=1575:phaenomenaler-auftakt-zum-landtagswahlkampf&catid=15&Itemid=20
- www.pro-nrw.net/index.php?option=com_content&view=article&id=1500:unser-ziel-ist-es-am-9-mai-in-den-landtag-einzuziehen&catid=42&Itemid=42
- nrwrex.wordpress.com/2010/01/11/du-auch-npd-will-ende-marz-in-duisburg-demonstrieren/
-unrastwildcat.blogspot.de/2010/01/21/pro-bewegung-plant-anti-islam-kongress-in-gelsenkirchen/

Grenzübergreifende Zusammenarbeit unter Europas extremer Rechter – mit Lücken

Ein Kommuniqué von Bruno Gollnisch, Vizepräsident des französischen Front National (FN) und für internationale Kontakte der Partei zuständig, teilte Ende Februar mit: „Die Bewegung der flämischen nationalistischen Studenten, NSV, hat gestern (Anm.: am 24. Febr.) in Gent, Belgien, ein großes Kolloquium über Europa organisiert. Daran nahmen der Europaparlamentsabgeordnete und Vorsitzende der British National Party, Nick Griffin, der Europarlamentarier und frühere Vorsitzende des Vlaams Belang, Franck Vanhecke, der Europaparlamentarier, Chefredakteur der Zeitung ‚Zur Zeit' und Verleger, Andreas Mölzer, und Bruno Gollnisch für den Front National teil."

Gollnisch fügt hinzu, die Beteiligten hätten „eine gemeinsame Analyse der Gefahren und Herausforderungen, mit denen die europäischen Nationen konfrontiert sind", erstellt. Insbesondere über „die Gefahren, denen ihre Identität und ihre Unabhängigkeit durch die Masseneinwanderung, die Globalisierung der Wirtschaft und des Finanzkapitals, und eine auf Abwege gekommene Europapolitik ausgesetzt werden". Das Treffen, so schließt das Kommuniqué, habe es erlaubt, „die gemeinsamen Sichtweisen bezüglich der Antworten auf diese Herausforderungen" hervortreten zu lassen. Dies belege „die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Nationalen aller Länder Europas."

Die rechtsextreme belgisch-flämische Studierendenorganisation NSV (Nationalistische Studentenvereniging) wurde erst jüngst, im November 2009, offiziell durch die Universität Gent als studentischer Verband anerkannt. Dies eröffnet ihr nun das Recht auf Räume an der Hochschule sowie öffentliche Zuschüsse. Die Entscheidung rief Proteste hervor, denn die NSV – deren Namenskürzel wohl nicht zufällig an die flämische Nazijugend während des Zweiten Weltkriegs, NSJV, erinnert – steht in einer ziemlich ungeschminkten Traditionslinie mit Pro-Nazi-Organisationen in der Geschichte Flanderns. Die Vereinigung nahm häufig an Gedenkveranstaltungen für belgische NS-Kollaborateure wie etwa Léon Dégrelle teil, und in ihrem programmatischen Manifest fordert sie eine „bedingungslose Amnestie für all jene, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus politischen Gründen verurteilt worden sind". Die frühere Zeitschrift der NSV hieß *Signaal* und trug damit denselben Namen wie eine Hitler unterstützende flämische Zeitschrift während der Jahre der Kollaboration. Nunmehr trägt ihre Nachfolgepublikation den neuen Namen *Branding*. In ihren Spalten wird erklärt, die NSV habe einen „flämischen, nationalen und sozialistischen Charakter".

Der Europaparlamentarier Andreas Mölzer seinerseits vertritt den „deutschnationalen", am stärksten in die Nähe des historischen Nazismus rückenden Flügel der österreichischen FPÖ. In der Vergangenheit zeichnete er für offen antisemitische Publikationen, etwa im Jahrbuch für politische Erneuerung des „Freiheitlichen Akademikerverbands" (besonders in dessen 1995er Ausgabe), als Mitherausgeber verantwortlich. Der deutschnationale, sich zum Teil aus dem Burschenschaftermilieu rekrutierende Hardlinerflügel der FPÖ verspürt derzeit Aufschwung: Am 2. März hat die Partei ihre niederösterreichische Landesvorsitzende (und Landesministerin für Baurecht Tierschutz) Barbara Rosenkranz zu ihrer Kandidatin bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl am 25. April dieses Jahres ernannt. Die Dame, durch die Zeitung *Kurier* ironisch als „Frau mit rechten Eigenschaften" bezeichnet, ist mit Horst Jakob Rosenkranz – einem Aktivisten des außerhalb oder an ihrem Rande, rechts von der FPÖ stehenden Neonazimilieus und Herausgeber des braunen Organs *Fakten* – verheiratet. In einem Interview mit der Zeitung *Die Presse* kündigte Rosenkranz an, einen Wahlkampf vor allem zum Thema „Ausländer" zu führen.

Zwei der in Gent auf dem Podium vertretenen Parteien, der französische FN und die britische BNP, gehören gemeinsam einem am 25. Oktober 2009 in Budapest neu gegründeten europaweiten Zusammenschluss an. Diesem trat bislang keine deutschsprachige Partei bei, jedoch hört er laut bisherigen Publikationen im Deutschen auf den Namen „Europäische Nationale Bewegung" (ENB). Im Französischen – zwei von fünf Gründerparteien, der französische und der belgische Front National, sind französischsprachig – lautet seine Bezeichnung Alliance européenne des mouvements nationaux (Europäisches Bündnis der nationalen Bewegungen).

Neben dem französischen und dem belgisch-wallonischen FN gehören die ungarische antisemitische Partei „Jobbik" (Die Bessere) und zwei Splitterparteien, die italienische Fiamma Tricolore und die ultraradikalen norwegischen Nationaldemokraterna (ND), zu den Gründungsmitgliedern. Am 12. November schloss sich die British National Party unter Nick Griffin an. Inzwischen sind noch zwei weitere Mitglieder hinzugekommen: die ukrainische Partei „Swoboda (Freiheit)-Panukrainische Union" unter Vorsitz von Oleh Tyahnybok, die sich stark an Jean-Marie Le Pen orientiert, jedoch bei den Parlamentswahlen 2007 nur 0,76 % erhielt; und die portugiesische Splitterpartei Partido nacional renovador (Erneuerte Nationale Partei).

Bei Wahlen auf längere Frist erfolgreich sind unter ihren Mitgliedsparteien bislang nur der französische FN, die ungarische „Jobbik"-Bewegung und seit kürzerem auch die BNP im Vereinigten Königreich. Bruno Gollnisch appelliert jedoch explizit besonders an die österreichische FPÖ, sich ihr ebenfalls anzuschließen, da sie „mit der politischen Grundsatzerklärung keine Probleme haben dürfte". *Bernhard Schmid* ■



Vilmos Hanti, Präsident der MEASZ und Vizepräsident der FIR, gemeinsam mit László Bohus, dem Vertreter des Verbandes der Roma auf dem Heldenplatz in Budapest
Foto: Varga Gábor http://www.mixonline.hu/Cikk.aspx?id=37423



Erfolg gegen Neonazi-Provokation auch in Budapest

„Neonazis weht nicht nur in Deutschland der Wind ins Gesicht", erklärte die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten am 6. März 2010 in Budapest. Nachdem Mitte Februar in Dresden der geplante Nazi-Aufmarsch mit internationaler Beteiligung am Widerstand mehrerer tausend Bürger, die ihren Protest auf vielfältige Weise gezeigt haben, gescheitert ist, haben nun auch in Ungarn Neonazis zurückstecken müssen. Für Samstag, den 6. März hatten sie auf dem Heldenplatz in Budapest zu einem internationalen Aufmarsch zum „Tag der Ehre" zu Ehren der SS und der ungarischen Kollaborateure aufgerufen. Vor Gericht erstritten sie sich sogar eine Genehmigung für diese Provokation gegen ein Verbot, das die Stadt ausgesprochen hat. Der ungarische Verband der Widerstandskämpfer und Antifaschisten (MEASZ) und andere antifaschistische Verbände riefen zum zivilgesellschaftlichen Protest auf. Daraufhin zogen die Neonazis kurzfristig ihre Anmeldung zurück. Aus Sorge, dass diese Absage nur ein Manövertrick sei, besetzten die Antifaschisten am 6. März den geplanten Aufmarschplatz selber zum Zeichen des Protestes. Sie erinnerten an Opfer faschistischer Gewalt unter ungarischen Roma-Angehörigen. Unterstützt wurde dieser Protest international von der FIR und der Europäischen Linken (EL). Sie betonten: „Weder Dresden noch Budapest – Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen." U. Schneider (FIR) ■

Die Gebirgsjäger, das Nachleben der Vergangenheit in der Gegenwart und der Militarismus heute

Antifaschistischer und antimilitaristischer Ratschlag



In Mittenwald in Oberbayern finden seit 1952 alljährlich Gedenkfeiern für die in den zwei Weltkriegen gefallenen Gebirgsjäger statt. Seit 2002 organisierte der Arbeitskreis „Angreifbare Traditionspflege“ dagegen Proteste.

Auf das Konto der SoldatInnen-Truppe, die heute – so Ex-Kriegsminister Struck - „unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt“, gehen zahlreiche Kriegsverbrechen und etliche Massaker während der Naziherrschaft in Europa. Am Beginn unserer Intervention waren wir mit der Tatsache konfrontiert, dass keiner der Mörder in Uniform für diese Massaker verurteilt worden war, sondern sie stattdessen als Helden gefeiert wurden. Von der Gemeinde Mittenwald wurde diese Traditionspflege offensiv verteidigt. Mit Zeitzeugenveranstaltungen, Demonstrationen, (versuchten) Blockaden und einer ganzen Reihe von anderen Aktionen konnte diese Heldenverehrung, die vor Ort als normal etabliert war, skandalisiert werden. Zusätzlich skandalös war dabei die Tatsache, dass vom AK „Angreifbare Traditionspflege“ nach Mittenwald eingeladene Überlebende des Nationalsozialismus von der Gemeinde nicht einmal empfangen wurden. Dem AK „Angreifbare Traditionspflege“ ist es gelungen, die Gemeinde Mittenwald dazu zu zwingen, sich mit der bis dahin offensiv verdrängten und geleugneten Schuld der Gebirgstruppe auseinander zu setzen.

Eine stetig wachsende Öffentlichkeit in Mittenwald musste zur Kenntnis nehmen, welche Kriegsverbrechen Gebirgsjäger zu verantworten hatten und aktuell begehen. Der politische Druck der Kampagne trug entscheidend dazu bei, dass sich das Mitglied des Kameradenkreises der Gebirgstruppe, Josef Scheungraber, 2009 in München vor Gericht verantworten musste und wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

Seine Einheit hatte im August 1944 als „Vergeltung“ gegen Partisanenangriffe 15 Zivilisten in Falzano di Cortona ermordet. In Italien war er deshalb bereits 2006 verurteilt, aber nicht ausgeliefert worden. Mit dem Münchener Gerichtsurteil wurde erstmals offiziell anerkannt, dass es sich in Falzano um ein Kriegsverbrechen gehandelt hat. Dieses Urteil hatte auch in der Marktgemeinde Mittenwald Konsequenzen. Pfingsten 2009 hatte der AK „Angreifbare Traditionspflege“ vor dem Mittenwalder Bahnhof ein antifaschistisches Denkmal aufgestellt, das im Schwerpunkt aus Steinen besteht, die von der Gemeinde Cortona zur Verfügung gestellt wurden.

Enthüllt wurde das Denkmal von Max Tzwangue, ehemaliger Widerstandskämpfer der FTP-MOI, und Maurice Cling, Auschwitzüberlebender, der nach einem Todesmarsch aus Dachau in Mittenwald befreit wurde. Hatte die Gemeinde Mittenwald damals schleunigst das Denkmal entfernt, so dringend suchte sie nach dem Urteilsspruch gegen Scheungraber und Protesten eine Lösung: Und siehe da: Direkt vor dem Eingang der Grund- und Hauptschule in Mittenwald findet sich nun ein würdiger Ort zur Wiederaufstellung des Denkmales.

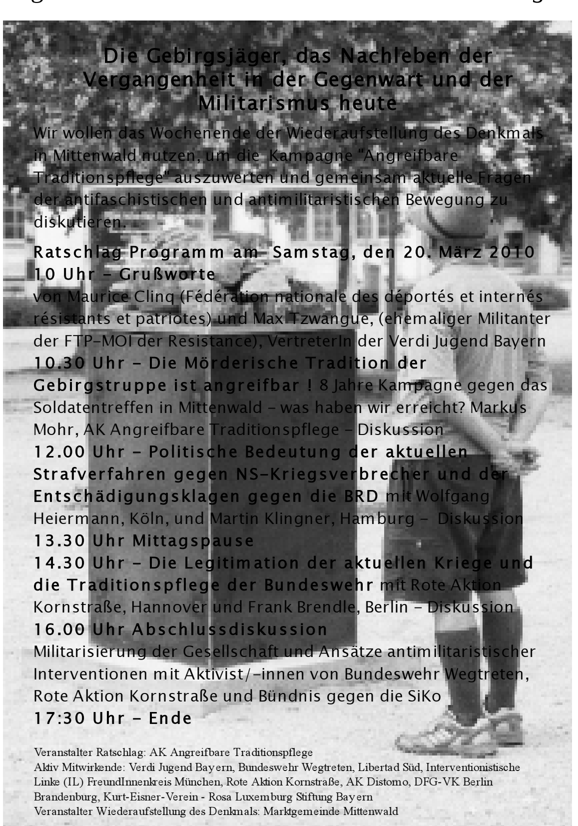
Die dazu gehörige, von der Gemeinde Mittenwald initiierte, Einweihungsfeier wird am Sonntag, den 21. März 2010 stattfinden. Eingeladen sind erneut die beiden Zeitzeugen Max Tzwangue und Maurice Cling. Mit der Denkmalaufstellung 2009 wurde von einem Teil des AK „Angreifbare Traditionspflege“ die Kampagne in Mittenwald beendet. Auch wenn sich in Mittenwald selbst einiges bewegt haben mag, für den Umgang mit Entschädigungsforderungen und der militaristischen Traditionspflege gilt das sicherlich nicht.

Allein seit Pfingsten 2009 sind neue Verfahren gegen deutsche Kriegsverbrecher in Italien aufgerollt worden. Die Täter bleiben in der BRD unbehelligt. Ehemalige italienische Militärinternierte streiten immer noch um Entschädigung für Haft und Zwangsarbeit, und das Entschädigungsverfahren der Überlebenden und Angehörigen des Massakers im griechischen Distomo hat im Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof eine neue politische Dimension erreicht.

Die militaristische Traditionspflege und die Frage der Entschädigung der Opfer von Kriegsverbrechen und deren Angehöriger ist nicht nur geschichtspolitisch von Belang. Auch wenn sich Vergleiche mit der NS-Massenvernichtung verbieten, so ist zur Kenntnis zu nehmen, dass die Bundesregierung Entschädigungsansprüche der Opfer von NS-Kriegsverbrechen nicht zuletzt mit Blick auf die aktuellen Kriegseinsätze der Bundeswehr ablehnt. Denn auch den Opfern des verbrecherischen Angriffs auf den Tanklastzug von Kundus mit mindestens 120 Toten will die Bundesregierung keine Klagemöglichkeit gewähren. Der aktuelle Skandal um die Sauf- und Kotzrituale der Bundeswehrgebirgsjäger in Mittenwald zeigt, wie tief verankert die militaristische Traditionspflege in der Truppe bis heute ist. In Afghanistan soll diese Elitetruppe der Bundeswehr mit dem ideologischen Rüstzeug der Wehrmacht im Marschgepäck nun angeblich für Freiheit und Menschenrechte kämpfen.

Deshalb wollen wir das Wochenende der Wiederaufstellung des Denkmals in Mittenwald nutzen, um die Kampagne „Angreifbare Traditionspflege“ auszuwerten und gemeinsam aktuelle Fragen der antifaschistischen und antimilitaristischen Bewegung zu diskutieren.

www.keine-ruhe.org ■



Frankreich wählt am 14. und 21. März 2010, in zwei Durchgängen, seine sämtlichen Regionalparlamente neu. Der Front National (FN) rechnet sich in einer Reihe von Regionen gute Chancen aus, über die – seit 2004 bei diesem Wahltypus geltende – Zehn-Prozent-Hürde zu kommen.

Regionalparlamentswahlen in Frankreich

Der Front National, die Debatte um „den" Islam und der „Schnauze voll von Sarkozy"-Effekt

Am 15. Februar endete die Frist für die Einreichung der Kandidatenlisten zu den Regionalparlamentswahlen. Als voraussichtlicher Gewinner wird derzeit vor allem die französische Sozialdemokratie betrachtet. Letztere profitiert einerseits davon, dass sie auf nationaler Ebene in der Opposition sitzt und so automatisch von der wachsenden Unpopularität der Regierungspolitik unter Präsident Sarkozy profitiert. Und dies trotz Chaos, Zwietracht und Strategielosigkeit in den eigenen Reihen. Aber auch davon, dass die Sozialdemokratie schon seit den letzten Regionalwahlen im März 2004 in insgesamt 20 von 22 französischen Regionen regiert dürfte sie Nutzen ziehen. Sind ihre regionalen Spitzenkandidat/ inn/en doch dadurch bekannt und profiliert.

Daneben könnte aber auch die extreme Rechte bei diesen Wahlen von sich reden machen. Konnte diese doch ihre Anhängerschaft und ihr Wähler/innen/Potenzial insbesondere vor dem Hintergrund der „Debatte um die nationale Identität" (vgl. vorige Ausgaben), die offiziell durch die Regierung am 8. Februar beendet respektive bis zur Nach-Wahl-Periode ausgesetzt worden ist, re-mobilisieren. Auch wenn ein Hintergrundbericht der französischen Nachrichten-Agentur AFP vom Freitag, den 19. Februar d.J. realistisch davon ausgeht, dass der Front National derzeit 5.000 bis 10.000 Mitglieder aufweise – zum Vergleich: bei der ersten größeren Parteispaltung, dem Abgang der Anhänger Bruno Mégrets im Dezember 1998, ergab eine aufgrund des Streits beider Fraktionen um den Parteinamen erforderlich gewordene gerichtliche Überprüfung der Karteien damals 42.000 eingeschriebene Mitglieder.[1]

Wird dem FN ein Stimmenzuwachs bei den bald stattfindenden Regionalparlamentswahlen glücken? Dies hängt sehr stark vom Vergleichsmaßstab ab, den man anlegt. Gegenüber den Europaparlamentswahlen vom Juni 2009 (der FN erhielt landesweit 6,3 Prozent) dürfte dies zweifellos spürbar der Fall sein; jedoch gegenüber den letzten Regionalparlamentswahlen im März 2004 – bei denen die Partei durchschnittlich 15 Prozent erhielt – sehr schwer fallen. Manche Umfragen sehen den Front National, der in den Jahren seit 2005 und bis vor Kurzem auf ein vergleichweise tiefes Niveau abgesackt war, wieder relativ stark im Aufschwung. Im nationalen Durchschnitt werden dem FN derzeit 8,5 bis 9 Prozent prognostiziert. Bei einem Büro für politische Wetten (PrédiPol) wird er hingegen bei derzeit 11 % frankreichweit gehandelt; Ende Februar waren es 11,5 %.

Neueste Islamdebatte

Profitieren dürfte die extreme Rechte insbesondere auch von der neuesten Auflage der nicht enden wollenden „Islamdebatte" – die in mehr oder minder breiten Kreisen vor allem der „kulturellen" Selbstvergewisserung und der Abgrenzung zwischen „Eigenem" und „fremd" dient. Und die von vornherein, als Subtext, in der gesamten „Debatte zur nationalen Identität" (welche auch genau so angelegt war) mitgeschwungen hat.

Bei der neuesten Variante dieser Neverending-„Diskussion" geht es um ein Fastfood-Restaurant im nordfranzösischen Roubaix, einer Stadt mit hohem Einwandereranteil und allgemein eher „sozial schwacher" Bevölkerung. Schon seit November 2009 führt die Schnellrestaurant-Kette Quick in insgesamt acht Restaurants frankreichweit – von Roubaix bis zu einem Stadtteil in Marseille, Saint-Louis, wo angeblich 80 Prozent der Kundschaft moslemisch ist – ein „verkaufspolitisches Experiment" durch: Diese Läden bieten nur noch „Halal"-Erzeugnisse an. Halal ist dem Moslem, was den Juden ihr Koscherstempel ist; es handelt sich um Essen, das bestimmten Speisevorschriften genügt und von Tieren erzeugt ist, die unter Einhaltung eines bestimmten Ritus geschlachtet worden sind.

Am Sonntag, den 14. Februar, erhob Marine Le Pen dieses Vorgehen der Fastfood-Kette jedoch zum Skandal nationalen Rangs. Sie bezeichnete es als Unterdrückung der nicht-moslemischen Kundschaft, dass dieser nunmehr keine nicht-halal-gemäße Speiseauswahl angeboten werde. Gleichzeitig machte sie es zum Aufhänger ihrer Kampagne, dass ein Unternehmen dafür, dass seine Produkte „halal-konform" erklärt werden, den Stempel einer darauf spezialisierten moslemischen Gemeindeeinrichtung benötigt – die dafür Geld kassiert (ähnlich wie es einen „Markt" für Koscher-Erklärungen durch rabbinische Institutionen gibt). Marine Le Pen machte aus demselben Anlass publik, dass die Restaurantkette sich seit 2006 indirekt zu 98 Prozent im Staatsbesitz befindet, was in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt war: In jenem Jahr übernahm ein Ableger der öffentlichen Bank ‚Caisse des dépôts' (mit einer Art Sparkasse vergleichbar, aber im Firmengeschäft aktiv) den Großteil der Kapitalanteile an Quick, nachdem dessen vormalige Eigentümer – eine belgische Aktionärsfamilie – ausgestiegen war. Es ging damals darum, den Konkurs des Unternehmens zu verhindern. Die Staatsbank möchte die Anteile allerdings derzeit gerne veräußern. Über die Assoziationskette „Halal-Erklärung – Bezahlen dafür – im Staatsbesitz befindlich" kam Marine Le Pen zu dem griffigen Argument, hier liege ein Skandal vor, weil in diesem Zusammenhang „der Staat eine islamische Steuer erhebt". Was selbstverständlich Unfug ist: So fragwürdig der sich ausbreitende Halal-Markt (5,5 Milliarden Euro Umsatz im laufenden Jahr werden erwartet) unter den Gesichtspunkten der Ethnisierung und Selbstethnisierung bestimmter Bevölkerungsteile sein mag, so sehr dominiert der Aspekt der Freiwilligkeit. Niemand wird schließlich dazu zu gezwungen bei Quick zu speisen oder generell „halal" zu essen.

Doch es blieb nicht bei dem Vorstoß von Marine Le Pen. Als nächstes erklärte sich in der darauffolgenden Woche der sozialistische Bürgermeister von Roubaix – René Vandierendonck – öffentlich entsetzt und kündigte an, die Antidiskriminierungsbehörde HALDE gegen das „Rein-Halal-Angebot bei QUICK" einzuschalten. Kurz darauf erstattete die Stadt Roubaix gar Strafanzeige bei Gericht wegen „Diskriminierung". Diese wurde jedoch nach acht Tagen zurückgezogen. Juristisch war sie aussichtslos, da QUICK weder eine Monopolstellung besetzt noch einen öffentlichen Dienst – etwa eine Schulkantine – betreibt, was das Unternehmen zur Nicht-Ausgrenzung aller Bevölkerungsgruppen (inklusive der erklärten Nicht-Moslems, die auf keinen Fall „halal" essen möchten) zwingen würde.

Der FN übernimmt das Schweizer Referendums-Plakat

Der nächste Schritt für den FN bestand darin, ab dem 25./26. Februar in der südostfranzösischen Region PACA (Provence-Alpes-Côte d'Azur) ein Wahlplakat zu verkleben, das aggressiven Inhalts, aber auch „abgekupfert" ist. Es handelt sich um die Übernahme des schweizerischen Plakats, das zum Abstimmungserfolg der „Initiative für ein Minarettverbot" beim eidgenössischen Referendum vom 29. November 2009 beitrug. Das helvetische Originalplakat zeigt unter der Überschrift „Stopp" eine tiefverschleierte, schwarze Farbe tragende Frau und mehrere Minarette, die ähnlich wie zum Abschuss bereitstehende Raketen aufgestellt sind. Letztere sollen den bedrohlichen Charakter „des" Islam, und besonders der von Einwanderern moslemischer Konfession angeblich durchgeführten quasi-militärischen „Invasion", anschaulich unterstreichen.

Die französische rechtsextreme Partei übernahm das Motiv und das ihm zugrundeliegende Bedrohungsszenario, freilich

ohne über ein Einverständnis der Urheber des Schweizer Originals zu verfügen. (Das dort ansässige Werbebüro ‚Goal‘, welches das Original für den Abstimmungskampf in der Schweiz entworfen hatte, reagierte durch die Ankündigung einer Strafanzeige gegen den französischen FN wegen „Plagiats“, also Ideenklaus. Sein Direktor Alexandre Segert bestätigte schon am 25. Februar, infolge von Enthüllungen der eidgenössischen Zeitung Le Temps, er habe seinen Anwalt damit betraut, in Frankreich Anzeige wegen geistigen Diebstahls zu erstatten.)

Das französische Plakat, das die Unterschrift der FN-Jugendorganisation FNJ trägt, unterscheidet sich optisch leicht vom schweizerischen Original. Steht letzteres unter dem schlichten Titel „Stopp“, trägt das FN(J)-Plakat den Titel: „Nein zum Islamismus“. Um eine Kritik an der politischen Ideologie des Islamismus geht es aber offenkundig nicht, sondern allein um die Hetze gegen die Anwesenheit von Einwanderern (moslemischer Konfession und/oder algerischer Nationalität) in Frankreich. Neben der tiefverschleierten Frau finden sich wiederum die raketenförmigen, also Kriegswaffen nachahmenden Minarettsymbole, nur in noch größerer Anzahl als auf dem Schweizer Plakat. Sie umrunden ein Hexagon, also die sechseckige Silhouette des französischen Staatsgebiets, das jedoch vollständig von den Farben (und dem Stern- und Halbmondsymbol) der Nationalfahne Algeriens überdeckt ist.

Gegen dieses Hetzplakat erstatteten mehrere Organisationen Strafanzeige. Am vergangenen Freitag, 5. März fand vor dem Amtsgericht Marseille eine Anhörung bezüglich der Anzeige der Anti-Rassismus-Vereinigung LICRA statt. Diese hatte den Erlass einer Einstweiligen Verfügung gegen den Vertrieb des Plakats beantragt. (Die Entscheidung wird für den 8. März – nach Redaktionsschluss erwartet.) Am Montag um 17.30 Uhr sollte in Nanterre, bei Paris, vor dem dortigen Amtsgericht ein weiterer Prozess gegen das Plakat beginnen. Die Antirassismusbewegung MRAP mit Hauptsitz in Paris hatte das Gericht in Nanterre angerufen, weil in derselben Stadt der Zentralsitz des Front National ansässig ist. Der vom MRAP beantragte Anwalt, der ansonsten auch für die algerische Botschaft tätig ist, fordert ein Einstampfen aller Plakate, ihre Beschlagnahmung und Abnahme von den Plakatwänden. Eine Entscheidung wird im Laufe der Woche erwartet.

Das Hauptaugenmerk – was den Wahlkampf des FN betrifft – ruht also auf dessen Versuchen, die Präsenz „des“ Islam in Frankreich zu skandalisieren.

Daneben bieten dessen regionale Wahlprogramme vor allem Aussagen zur „Inneren Sicherheit“; da die Regionen im französischen Staatssystem vor allem für Wirtschaftsförderung, Oberstufenschulen und öffentliche Transportmittel zuständig sind, fordern die FN-Programme für die Regionalparlamente systematisch die Einrichtung einer „Sonderpolizei für Oberschulen“ sowie einer „Transportpolizei, um der Unsicherheit in den Verkehrsmitteln zu begegnen“. Daraus schält sich schon eine Vision ab, die vor allem auf polizeiliche „Antworten“ setzt. Daneben firmieren Forderungen zur Steuersenkung (mit einem stark demagogischen Aspekt, da systematisch die Erhöhung der regionalen Besteuerung angeprangert wird – ohne hinzuzufügen, dass der Zentralstaat wachsende Aufgaben an die Regionen übertragen hat) und zur regionalen Wirtschaftsförderung. Letztere soll vor allem Kleinbetrieben und Mittelständlern zugute kommen, zu Lasten von Betrieben, die „subventioniert werden und danach Produktionsauslagerungen ins Ausland vornehmen“.

Sozialdemagogie

Der diesjährige Wahlkampf des FN hat zugleich eine stark sozialdemagogische Komponente. Letztere zielt vor allem auf eine verwirrte, politisch frustrierte oder desorientierte, Arbeiter- und frühere Linkswählerschaft ab. In einem Flugblatt, das Anfang März in Paris und im Umland verteilt wurde, prangt etwa oben die Überschrift: „Französischer Arbeiter: Die Linke verrät Euch, die Rechte täuscht Euch.“ Unmittelbar darunter folgt ein Foto von Georges Marchais, dem langjährigen früheren Chef der Französischen kommunistischen Partei (PCF) in den Jahren zwischen 1972 und 1994, verstorben 1997. Begleitet wird es von einem längeren Zitat – dessen Echtheit derzeit in Zusammenarbeit mit der KP-Tageszeitung ‚L’Humanité‘ derzeit überprüft wird. Sofern es authentisch ist, was leider nicht ausgeschlossen werden kann, so handelt es sich um eine Begründung Marchais’ für die Schließung der französischen Grenzen für die Neuzuwanderung von Lohnabhängigen. Eine ähnliche Position nahm die französische KP tatsächlich von den späten siebziger Jahren bis circa 1995 ein; danach wechselte sie auf einen anderen Standpunkt, den der Solidarisierung mit „illegalisierten“ Einwanderern (Sans papiers) in Frankreich und der Forderung nach gleichen Rechten für alle hier lebenden Menschen, über. Die laufende Überprüfung wird die Echtheit des Zitats, und ggf. die korrekte Zitierweise, bestätigen oder widerlegen müssen.



Auf der Hand liegt unterdessen die demagogische Funktion einer Wiedergabe dieses (angeblichen) Zitats eines früheren KP-Chefs, unter der Überschrift „Französische Arbeiter....“ Unten rechts auf der Seite erblickt man dann die charakteristische Flamme in den drei Farben der französischen Nationalflagge, das Parteisymbol des FN.

Auch auf dem Gebiet der „Inneren Sicherheit“ – wo der FN den Eindruck erweckt, es werde von staatlicher Seite nichts, aber auch gar nichts zur besseren Kriminalitätsbekämpfung und in Sachen „(Un-)Sicherheit der Bürger“ versucht – übt die rechtsextreme Partei sich in Demagogie. Im nördlichen Pariser Umland hat der FN es im Laufe des Januar und Februar teilweise vermocht, die – im Kern berechtigte – Emotion über einen unter Jugendlichen verübten, brutalen Mord für sich auszuschlachten. Am 13. Januar 2010 war der 18-jährige Adrien Debray von einer Jugendbande in einer Werkstatt in Sannois (Département Val-d’Oise, nördlich von Paris) mit tödlicher Auswirkung zusammengeschlagen worden. Der Hintergrund war mutmaßlich eine ebenso dumme wie brutal durchgeführte „Abrechnung“ unter Jugendgruppen, nur in diesem Falle mit Todesfolge. Mehrere hundert Menschen nahmen daraufhin, einige Tage später an einem Trauermarsch durch seinen Wohnort teil. Schon zu dem Zeitpunkt mischten sich Aktivisten des FN-Jugendverbands (FNJ) unter die Trauernden.

Anfang Februar sandte die Mutter des Getöteten, Yalina Debray, einen Brief an an alle Kandidaten, die an ihrem Wohnort zur Regionalparlamentswahl antreten. Aber nur die extreme Rechte antwortete – die übrigen Kandidaten mochten sich vermutlich nicht zu direkt in die Bewertung eines individuellen Verbrechensfalls, zu dem sie nicht über alle Informationen verfügten, einmischen. Die Mutter (die selbst betont, dass sie „noch nie“ in ihrem Leben „FN gewählt“ habe) nahm daraufhin das „Angebot“ der rechtsextremen Partei an, die mit ihrer betonten Anteilnahme lockte. Am 24. Februar sandte Cheftochter Marine Le Pen ihr eine persönliche Antwort, und am darauffolgenden Wochenende (27./28. Februar) veröffentlichte die Homepage der Partei im Internet ein Videobotschaft von Noch-Parteichef Jean-Marie Le Pen zum Thema. Am Montag, den 1. März wäre es beinahe zu einer Pressekonferenz von Marine Le Pen und Marie-Christine Arnautu, Spitzenkandidatin des FN zu den Regionalparlamentswahlen im Raum Paris, im Wohnhaus der Debrays gekommen. Diese wurde jedoch in letzter Minute, aus zunächst „unbekannten Gründen“, abgesagt.

Bernhard Schmid, Paris ■

1 Vgl. zu den Jetztzahlen die oben zitierte AFP-Meldung: http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5h64VmxOuezXaVN6-z0I-PWZWOaiw

Bart. Gläubig. Anschlag.

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus finden in diesem Jahr vom 15. bis zum 28. März in ganz Deutschland statt. Zahlreiche Organisationen und Einrichtungen engagieren sich in dieser Zeit für Verständnis und Toleranz unter den Menschen, ganz gleich welcher Herkunft.

Der UN-Gedenktag erinnert an den 21. März 1960, an das Massaker von Sharpeville. Am Vormittag des 21. März 1960 fanden sich an verschiedenen Orten der kleinen Stadt 50 km südlich von Johannesburg rund 20.000 Menschen zusammen. Sie folgten einem Aufruf des Pan African Congress (PAC), der eine fünftägige gewaltfreie und friedliche Protestaktion angekündigt hatte. Die Menschen demonstrierten gegen die Passgesetze des Apartheid-Regimes. Diese Gesetze sahen die scharfe Trennung von Wohn- und Geschäftsbezirken für Weiße, Schwarze und Inder vor. Drei bis vier Millionen Afrikaner wurden zwangsumgesiedelt, weil sie in den für die Weißen vorgesehenen Gebieten lebten. So wurde versucht, Menschen auf Dauer voneinander zu trennen. Die Schwarzen lebten in weit von den weißen Vierteln entfernten „Townships“. Doch ohne die schwarzen Arbeitskräfte wäre die Wirtschaft des weißen Südafrikas schnell zusammengebrochen. Passgesetze regelten das „Aufenthaltsrecht“ der schwarzen Südafrikaner, die Anzahl der Schwarzen in den Städten sollte so auf ein Minimum beschränkt werden, ihre Arbeitskraft aber weiter zur Verfügung stehen. Die Demonstrierenden setzten sich in Richtung Polizeistation im Sharpeviller Zentrum in Bewegung. Die Polizei hielt die friedlich demonstrierende Menge mit niedrig fliegenden Flugzeugen und Tränengas in Schach. Um kurz nach 13 Uhr eskalierte dann schließlich die Situation: Angeblich als Reaktion auf Steinwerfer schoss die Polizei in die Menge. Die Menschen flohen in Panik, die Polizei schoss weiter. 69 Menschen wurden getötet, darunter acht Frauen und zehn Kinder. Viele – die Angaben variieren von 180 bis über 300 Personen – wurden verletzt, teilweise schwer.

Als Gedenktag an das Massaker von Sharpeville wurde sechs Jahre später, 1966, der 21. März von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Tag zur Überwindung von Rassendiskriminierung“ ausgerufen. 1979 wurde dieser Gedenktag durch die Einladung der Vereinten Nationen an ihre Mitgliedstaaten ergänzt, eine alljährliche Aktionswoche der Solidarität mit den Gegnern und Opfern von Rassismus zu organisieren. 1996 wurde schließlich von Nelson Mandela in Sharpeville die neue demokratische Verfassung Südafrikas in Gang gesetzt. Der 21. März wird seither in Südafrika als South Afrikan Human Rights Day, als „Südafrikanischer Tag der Menschenrechte“ begangen.

An die sechzig bundesweit agierende Organisationen und Einrichtungen veranstalten vom 15. bis zum 28. März Diskussionen, Feste, Begegnungen und Sportveranstaltungen.

Dass diese Wochen notwendig sind, zeigt eine im vergangenen Jahr durchgeführte Umfrage des Emnid-Instituts. Mit 51 Prozent gab rund die Hälfte der Deutschen an, dass ein Großteil der arabischen und türkischen Einwanderer ihrer Einschätzung nach „weder integrationswillig noch integrationsfähig“ sind. Ein Slogan auf Plakaten und Postkarten, die auf die Interkulturellen Wochen aufmerksam machen, lautet daher auch „Bart.Gläubig.Anschlag.“. Die Provokation soll zum Nachdenken anregen über Klischees und Einstellungen, die oft unhinterfragt übernommen werden.

Mehr Infos und alle Veranstaltungen: http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de/ ■

Mehr als 7.800 Abschiebungen im vergangenen Jahr

Berlin. Im vergangenen Jahr hat es nach Angaben der Bundesregierung in Deutschland mehr als 7.800 Abschiebungen gegeben. Auf dem Luftweg seien insgesamt 7.289 Abschiebungen erfolgt, schreibt die Regierung in ihrer Antwort (17/644) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/459). 536 Abschiebungen wurden demnach auf dem Landweg vollzogen und 5 Abschiebungen auf dem Seeweg nach Schweden. Zu so genannten Zurückschiebungen kam es 2009 laut Antwort auf dem Luftweg in 4.981 Fällen, an den Landgrenzen in 4.740 Fällen und an den Seegrenzen in 61 Fällen. Zurückgewiesen wurden den Angaben zufolge an den Seegrenzen 59 Menschen, an den Landgrenzen 311 und auf dem Luftweg 2.935. Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, scheiterten 2009 insgesamt 164 Rückführungen auf dem Luftweg aufgrund von Widerstandshandlungen und 41 aus medizinischen Gründen. 58 Rückführungen auf dem Luftweg scheiterten an der Weigerung der Fluggesellschaft oder des Piloten, die betreffende Person zu transportieren. 17 Abschiebungen scheiterten laut Bundesregierung an der Weigerung der Zielstaaten, Abzuschiebende aufzunehmen.

Jesuitenflüchtlingsrat 11.2.2010 ■

Abgeschobener Iraker muss zurückgeholt werden

Berlin, 8. Februar 2010. Das Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder hat die Zurückschiebung eines jungen irakischen Flüchtlings nach Griechenland in einem Eilverfahren für rechtswidrig erklärt und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verpflichtet, ihm die Rückkehr zu ermöglichen, um sein Asylverfahren in Deutschland weiter zu betreiben.



Der 27-jährige Hiwa H. befand sich seit seiner Einreise aus Griechenland am 6.9.2009 in der Abschiebungshaft in Eisenhüttenstadt (Brandenburg). Dort hat er einen Asylantrag gestellt. Das BAMF erließ jedoch keinen formellen Zurückschiebungsbescheid, sondern schob ihn am 4.11.2009 ab, ohne das Ergebnis des verwaltungsrechtlichen Eilverfahrens abzuwarten. In dem Beschluss vom 3.2.2010 rügt das Verwaltungsgericht nun, dass das BAMF die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu Rückschiebungen nach Griechenland nicht berücksichtigt habe. Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst hat das Verfahren mit Mitteln aus seinem Rechtshilfefonds für Abschiebungshäftlinge unterstützt (VG 5 L 314/09.A).

Aufgrund der eklatanten Missstände im griechischen Asylsystem hat das Bundesverfassungsgericht nun schon in sieben Eilverfahren Abschiebungen nach Griechenland vorläufig ausgesetzt und damit die Rechtsprechung von über 100 Verwaltungsgerichten bestätigt. Generell hält die Bundesregierung aber dennoch an Abschiebungen nach Griechenland fest: „Das Bundesverfassungsgericht hat die Erfolgsaussichten der Verfassungsbeschwerden offengelassen; die Beschlüsse enthalten insbesondere keine Aussagen zur Zulässigkeit von Überstellungen nach Griechenland“, heißt es in einem Schreiben von Bundesinnenminister Thomas de Maizière an den Jesuiten-Flüchtlingsdienst vom 12.1.2010. Während einige Bundesländer auf Inhaftierungen verzichten, werde die Bundespolizei in Fällen eigener Zuständigkeit weiterhin Haft beantragen. In den vergangenen Monaten sei zudem „ein sprunghafter Anstieg der unerlaubten Einreisen an den deutschen Flughäfen im Zusammenhang mit sogenannten Schengen-

binnenflügen aus Griechenland zu verzeichnen", so der Minister. In der Hauptsache will das höchste deutsche Gericht bis zum Sommer entscheiden. Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst fordert, bis dahin auf Sicherungshaft zu verzichten und Überstellungsverfahren nach Griechenland generell vorläufig auszusetzen.

Quelle: Presseerklärung Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland (JRS) ■

Flüchtlingsheim Katzhütte vor dem Aus?

SAALFELD/RUDOLSTADT. Über einen späten Triumph dürfen sich die zahlreichen Kritiker des Asylbewerberheimes Katzhütte (Kreis Saalfeld-Rudolstadt) freuen. Der Landkreis als Betreiber denkt über eine Schließung der Gemeinschaftsunterkunft nach, in der gegenwärtig noch 56 Flüchtlinge untergebracht sind. Begründet werden die Schließungspläne mit einer im Entwurf vorliegenden „Thüringer Verordnung über Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung von Flüchtlingen" (ThürGUSVO), mit deren Inkrafttreten in diesem Jahr gerechnet wird. Darin wird laut Landratsamt eine zentrumsnahe Unterbringung der Gemeinschaftsunterkünfte gefordert, um durch die örtliche Nähe zu medizinischen, schulischen und sonstigen Einrichtungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Die kreisfreien Städte und Landkreise sollen alle Anstrengungen unternehmen, um Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge zukünftig möglichst direkt in Städten zu errichten. Im Kreistag Saalfeld-Rudolstadt hatte Landrätin Marion Philipp (SPD) in dieser Woche erklärt, man prüfe derzeit verschiedene Standorte im Städtedreieck Saalfeld/Rudolstadt/Bad Blankenburg. Zu einem konkreten Zeitplan oder zur Zukunft der Katzhütter Einrichtung gab es keine Auskunft. Das Asylbewerberheim, das in einem ehemaligen Ferienlager untergebracht ist, war Anfang 2008 wegen der hygienischen und sozialen Zustände in die Schlagzeilen geraten. Die damals noch 88 in Baracken untergebrachten Bewohner hatten die Schließung des Heimes verlangt. Flüchtlingsorganisationen sowie Politiker der Bündnisgrünen und der Linken unterstützten den Protest. Daraufhin wurde ein Teil der Mängel abgestellt und Familien mit Kindern auf dezentrale Unterkünfte verteilt. *http://www.otz.de* ■

Sachverständige: Die Residenzpflicht muss weg

BERLIN. Bei einer Anhörung im Abgeordnetenhaus am 22.2.2010 ließen die Sachverständigen Beate Selders, Rolf Stahmann und Georg Classen keine Zweifel daran, dass die Residenzpflicht einem staatlich verordneten Integrationsverbot gleichkommt und umgehend abgeschafft werden muss. Rechtliche Möglichkeiten dafür gibt es bereits.

Rechtsanwalt Rolf Stahmann erläuterte, dass mit Hilfe einer Verwaltungsvereinbarung eine Zusammenlegung Berlins und Brandenburgs zu einem gemeinsamen Residenzpflichtbereich möglich ist. Georg Classen vom Berliner Flüchtlingsrat fordert eine großzügigere Praxis der „Urlaubsscheine" für Geduldete und Asylsuchende. Die Ausländerbehörden könnten beispielsweise bei der regulären Verlängerung der Aufenthaltspapiere generelle Verlassenserlaubnisse erteilen, die genauso lange wie der Aufenthaltstitel gültig seien. Brandenburg kann zudem sofort auf die Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf den Landkreis verzichten und den Residenzpflichtbereich auf das gesamte Bundesland ausweiten.

Der Flüchtlingsrat Berlin fordert den Senat von Berlin auf, schnell konkrete Schritte im Sinne der betroffenen Flüchtlinge einzuleiten. Zudem sollen die Länder Berlin und Brandenburg die bei der Anhörung von Innensenator Körting in Aussicht gestellte gemeinsame Bundesratsinitiative zur Aufhebung der Residenzpflicht für asylsuchende und geduldete Flüchtlinge baldmöglichst einbringen. *Pressemitteilung Flüchtlingsrat Berlin vom 22. Februar 2010* ■

Auch Flüchtlinge in Straubing verweigern Essenspakete

BAYERN. Nun verweigern auch 14 Flüchtlinge aus dem Flüchtlingslager im niederbayerischen Bogen (Landkreis Straubing-Bogen) die Annahme der Essenspakete. Sie solidarisieren sich damit mit den streikenden Flüchtlingen in den Lagern Hauzenberg und Breitenberg (Landkreis Passau), die vor mehr als einem Monat mit einem Hungerstreik begonnen hatten. Vor zehn Tagen hatten sich diese entschlossen, nach drei Wochen wieder Nahrung zu sich zu nehmen und ihren Protest in Form eines Essenspakete-Boykotts fortzusetzen.

Die Flüchtlinge fordern neben der Abschaffung der Essenspakete auch die Möglichkeit zu arbeiten und sich in Bayern frei bewegen zu dürfen. „Wir können hier nur rumsitzen und nichts tun. Das ist ein Gefängnis", so ein Flüchtling. Er beschreibt fehlende Deutschkurse und die willkürliche Praxis der zuständigen Ausländerbehörde in Straubing. „Einige von uns kriegen überhaupt kein Taschengeld und keine Kleidungsgutscheine. Duldungen werden hier nur um einen Monat oder oft nur 3 Wochen verlängert."

Der Bayerische Flüchtlingsrat kritisierte diesen repressiven Umgang der Ausländerbehörde Straubing-Bogen in der Vergangenheit schon häufig. Auch die Unterbringung in Gemeinschaftszimmern zermürbt die Flüchtlinge zunehmend. Diesbezügliche Kritik wird von der dortigen Lagerleitung nur zynisch mit den Worten kommentiert: „Wenn ihr ein Einzelzimmer wollt, müsst ihr ins Hotel gehen."

„Es ist wichtig, dass möglichst viele Menschen und Organisationen den Essenspakete-Boykott der Flüchtlinge unterstützen. Die Essenspakete stehen symbolisch für eine überholte Asylpolitik in Bayern, die die Menschenwürde der Flüchtlinge mit Füßen tritt. Der bayerische Innenminister Herrmann hat sich mit seiner unnachgiebigen Politik mittlerweile vollkommen isoliert," kommentiert Thomas Ott, Sprecher der Flüchtlingsorganisation Karawane München, den kompromisslosen Kurs des Ministeriums. In anderen Bundesländern werden Restriktionen wie das Sachleistungsprinzip, die Residenzpflicht und die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften wesentlich weniger repressiv gehandhabt.

Ein breites Bündnis politischer Parteien, Wohlfahrtsverbände und anderer Organisationen hatte sich der Forderungen der Flüchtlinge angenommen und das bayerischen Innenministerium und dessen starren Kurs bei der Asylpolitik in Bayern scharf kritisiert. Es wird nun versucht, in den betroffenen Lagern eine Notversorgung aufrecht zu erhalten, um die Streikenden während ihres Protestes notdürftig mit Lebensmitteln zu versorgen. Hierfür wird nun vor allem materielle Unterstützung gebraucht.

Pressemitteilung Karawane für die Rechte der Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten ■

Europarat: Inhaftierung soll letztes Mittel sein

Inhaftierung von Flüchtlingen soll nach Ansicht der parlamentarischen Versammlung des Europarates in Zukunft das letzte Mittel sein, was auch der Auffassung der Europäischen Menschenrechtskonvention entspricht. Dies soll durch eine konsequente Unterscheidung von Asylsuchenden und anderen Gruppen von Migrantinnen und Migranten geschehen.

Nach einer Stellungnahme des Europarates vom Januar 2010 zur Situation bei der Unterbringung von Flüchtlingen, die nach ihrer Ankunft inhaftiert werden, müssten sich die Bedingungen für diese Menschen in Zukunft eindeutig verbessern. Eine Reihe von konkreten Forderungen wie die Erleichterung der Haftbedingungen sollen dazu beitragen.

Ebenso enthält der Maßnahmenkatalog Forderungen wie etwa die Unterbringung in eigens hierfür eingerichteten Unterkünften und nicht in Gefängnissen, der verbesserte Zugang zu medizinischer Versorgung sowie der effektive Zugang zu Vertrauenspersonen wie einem Rechtsbeistand.

Quelle: Newsletter Jesuitenflüchtlingsdienst März 2010 ■

Verschärfung der Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer

Nürnberg/Brüssel. Mit dem zunehmenden „Migrationspotenzial", das durch Frontex abgewehrt werden soll, befasst sich ein Forschungsbericht, den das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vor kurzem veröffentlicht hat. Demnach ist die eklatante Armut in Afrika, eine zentrale Ursache für die Migration nach Europa, in hohem Maße auf die Handelspolitik der Industriestaaten und die Ausbeutung afrikanischer Ressourcen zurückzuführen. Die Entscheidung der EU, nicht die Armut, sondern die aus ihr resultierende Migration zu bekämpfen, führt dem Papier zufolge zu einer Zunahme von Kriminalität und Korruption in Afrika. Die Untersuchung dokumentiert – für eine in staatlichem Auftrag erstellte Analyse ungewöhnlich – den tödlichen Zynismus der europäischen Afrikapolitik.

Wie es in einem neuen Maßnahmenkatalog zur Flüchtlingsabwehr heißt, den die EU-Kommission letzte Woche in Brüssel vorgelegt hat, soll Frontex künftig deutlich gestärkt werden. Demnach soll Frontex unter anderem eigene Schiffe und Flugzeuge kaufen oder leasen dürfen; bislang ist die Behörde darauf angewiesen, dass die Mitgliedstaaten solches Gerät zur Verfügung stellen. Auch müsse Frontex ermächtigt werden, aufgegriffene Flüchtlinge, die nicht direkt abgeschoben werden könnten, auf die EU-Mitgliedstaaten zu verteilen. Unter anderem dieser Vorschlag stößt auf Protest aus Berlin, das nicht bereit ist, sich durch Brüssel zu einer Aufnahme von Flüchtlingen verpflichten zu lassen. In dem Maßnahmenkatalog der EU-Kommission findet sich auch der Vorschlag, künftig Hilfsorganisationen wie etwa das Rote Kreuz unmittelbar in die Durchführung von Abschiebungen einzubinden. Dies würde es möglich machen, den Abschiebungen den Anschein einer prinzipiellen Kompatibilität mit den Menschenrechten zu verleihen und die Kritik an ihnen zu schwächen.

Migrationspotenzial

Aufschlussreiche Hintergründe zur weiteren Verschärfung der europäischen Flüchtlingsabwehr an den Südgrenzen der EU liefert auch ein neuer Forschungsbericht, den das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kürzlich veröffentlicht hat. Das Papier befasst sich mit dem „Migrationspotenzial" des afrikanischen Kontinents und mit der künftigen Einwanderung aus den Ländern Afrikas in die EU. Es beschönigt - ein seltener Fall in der staatlichen Publizistik - weder die zentralen Ursachen der Migration noch die fatalen Folgen der europäischen Flüchtlingsabwehr für die Migranten ebenso wie für die afrikanischen Staaten.

Wie es in dem Forschungsbericht des Bundesamtes heißt, existiere bereits jetzt ohne jeden Zweifel „ein sehr hohes Migrationspotenzial" [1] auf dem afrikanischen Kontinent; es werde voraussichtlich weiter zunehmen. Zu den zentralen Ursachen gehöre neben der Flucht vor Kriegen oder politischer Verfolgung die bittere Armut in vielen Staaten Afrikas.

Demnach sind 55 Prozent selbst derjenigen Afrikaner, die eine Erwerbsarbeit ausüben können, „nicht in der Lage (...), die Armutsgrenze von 1 US-$ Einkommen pro Tag zu überschreiten". Nur ein Fünftel der afrikanischen Bevölkerung hat zwei US-Dollar oder mehr am Tag zur Verfügung. Einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 2.430 US-Dollar im Jahr steht ein Vergleichswert von 24.329 US-Dollar in Europa gegenüber.

Die „Nachfrage nach Arbeitskräften ohne besondere Qualifikation" halte dabei in der EU durchaus an: Es werden laut dem Forschungsbericht „aufgrund demographischer Alterung" in Europa zukünftig wohl vor allem Arbeitskräfte „im Gesundheits- und Pflegebereich" gesucht. In dem Papier heißt es: „Wie der französische Bevölkerungswissenschaftler Alfred Sauvy schon vor Jahrzehnten formulierte: 'Wenn der Reichtum nicht zu den Menschen kommt, werden die Menschen zum Reichtum gehen'."

Die Illegalisierung der Migration

Die Folgen der europäischen Flüchtlingsabwehr sind der Untersuchung des Bundesamtes zufolge fatal. So hat zwar die Verschärfung der Regelungen für den Familiennachzug dafür gesorgt, dass sich die Zahl der Afrikaner, die bei ihren in Deutschland ansässigen Ehepartnern leben dürfen, in den vergangenen acht Jahren beinahe halbiert hat. Gleichzeitig führe jedoch die Verschärfung der Einreisebestimmungen und die Hochrüstung der EU-Außengrenzen „zumeist nicht zu weniger Zuwanderung, sondern zur Zunahme irregulärer Migration bei gleichzeitiger Routenverlagerung". Die gravierendste Folge dieser Verlagerung ist das seit Jahren zu verzeichnende Massensterben im Mittelmeer und vor den Kanarischen Inseln.

Die Produktion von Kriminalität

Zudem zeige laut der Bundesamts-Untersuchung „die Erfahrung, dass Migranten bei erschwerten Zuwanderungsbedingungen in steigendem Maße die Hilfe von Schleusernetzwerken in Anspruch nehmen". Die Folge sei das Entstehen von Menschenhändler-Netzen, die sich mit anderen Sparten illegaler Geschäfte verknüpften. „Organisierte Kriminalität wiederum verbindet sich mit Korruption und einem Vertrauensverlust in öffentliche Einrichtungen" – schlechte Rahmenbedingungen für „die wirtschaftliche Entwicklung, soziale Stabilität und die Sicherheit" der betroffenen Staaten Afrikas. Nicht zuletzt steckten zahlreiche Migranten auf dem Transit in nordafrikanischen Ländern fest und müssten dort Geld verdienen, um die Weiterreise bezahlen zu können, schreibt das Bundesamt; sie stünden dabei „in Konkurrenz zu den einheimischen Arbeitskräften und werden häufig Opfer von Anfeindungen und Übergriffen".



Vom Westen geschwächt

Das Bundesamt verschweigt nicht, dass die westliche Politik zu den zentralen Ursachen für die Entstehung des „Migrationspotenzials" gehört. So wird die „Wirtschaftsentwicklung Afrikas – vor allem ihr Agrar- und Fischereisektor – durch Marktprotektion und Marktsubventionierungen in der EU und den USA geschwächt." Insbesondere „die arme Landbevölkerung wird davon existenziell betroffen." Auch kämen „hohe Gewinne aus dem Außenhandel mit afrikanischen Rohstoffen nicht der armen Bevölkerung Afrikas, sondern nur den Konzernen in den Industrieländern und den afrikanischen Eliten zugute". Die gewinnbringende Verarbeitung der Rohstoffe erfolge in aller Regel außerhalb des afrikanischen Kontinents; der Ausbau der Rohstoffverarbeitung in den Staaten Afrikas, der neue Arbeitsplätze und neue industrielle Kapazitäten schaffen könnte, „wurde von den Rohstoffimporteuren bisher nicht vorangetrieben. Er wäre", resümiert das Bundesamt, „für Afrikas Wirtschaftsentwicklung jedoch ausschlaggebend." Die Untersuchung dokumentiert den Zynismus der europäischen Afrikapolitik, die die Ursachen der Armut in Afrika nicht ernsthaft, die sich aus der Armut ergebende Überlebensstrategie – Migration – jedoch umso brutaler bekämpft. Schätzungen zufolge kommen zwölf Prozent der Menschen, die in Afrika aufbrechen, um ihren Lebensunterhalt in Europa zu verdienen, auf der Reise ums Leben.[2]

German Foreign Policy, 1.3.10
www.german-foreign-policy.com ■

[1] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika, Forschungsbericht 7, Nürnberg 2010.
Der Quelle entstammen dieses und die folgenden Zitate.
[2] Fabrizio Gatti: Bilal. Als Illegaler auf dem Weg nach Europa, München 2010

Der Migranten-Streiktag vom 1. März in Frankreich

In Frankreich fiel der Migrantenstreik am Montag vergangener Woche zwar symbolischer und weniger handfest aus als in Italien: Geschlossene Betriebe gab es (anders als südlich der Alpen) nicht, und die größte Kundgebung zum Thema fand mit rund 2.500 Teilnehmer/inne/n in Paris statt.

Dies liegt aber im Wesentlichen daran, dass die Initiative noch in den Kinderschuhen steckt: Das Kollektiv, das den „Tag ohne uns“ vom 1. März 10 hinter den Kulissen organisierte, zählt nur etwa zehn Mitglieder. Den Anstoß hatten die Geschichtslehrerin Peggy Derder, der Journalist Nadir Dendoune und die Journalistin Nadia Lamarkbi im vergangenen Herbst gegeben; seit November war eine Homepage für den „Tag ohne Immigranten“ eingerichtet worden. Aber die Initiative blieb bis kurz vor dem 1. März in breiten Kreisen unbekannt. Allein das französisch-marokkanische Monatsmagazin *Le Courrier de l'Atlas* hatte ihr, im Februar, eine Titelstory und ein Dutzend Seiten gewidmet. Fünf Gewerkschaftsverbände verabschiedeten dicht vor dem 1. März eine Erklärung; da sie aber laut Kritikern sonst auf Verbandsebene nicht viel unternahmen, um den Streik zum Erfolg werden zu lassen, sprechen innergewerkschaftliche kritische Stimmen von „einem Text fürs gute Gewissen“.

Kurz vor dem Stichdatum änderte sich die Wahrnehmung der Initiative, und das Medienecho war plötzlich da: Die liberale Pariser Abendzeitung *Le Monde* machte in ihrer Wochenendausgabe, die in Paris am Samstag Abend und im übrigen Frankreich sonntags erscheint, ihre Seite Eins zum Thema auf. Es folgten Radioberichte. Um am folgenden Montag einen Streiktag zu organisieren, der sowohl die Produktion als auch den Konsum verlangsamen sollte, kam dies deutlich zu spät. Aber für künftige Jahre wird das Kollektiv nun möglicherweise einen genügend hohen Bekanntheitsgrad besitzen, um zu besser befolgten Arbeits- oder Konsumverweigerungs-Tagen aufrufen zu können.

Auch von ausgesprochen unerbetener Seite kam lautstarker Applaus. Rechtsradikale Aktivisten des Bloc identitaire, einer außerparlamentarischen rechtsextremen Bewegung, begingen ihrerseits den 1. März unter dem Motto: „Ein Tag ohne Immigranten? Hurra! Eine gute Idee!“ Sie verteilten Postkarten und Druckerzeugnisse, die den Eindruck erweckten, dies bedeute ungefähr so viel wie einen Tag mit leeren Gefängnissen (eine Propagandapostkarte des ‚Bloc‘ zeigt einen Gefängniswärter vor leeren Fluren: „Hallo, ist da noch einer?“), ohne brennende Autos und ohne Belästigung von Frauen in öffentlichen Transportmitteln. Auf öffentlichen Plätzen in Lyon, Grenoble und anderen Städten oder auch mittels eines Transparents, das bei Bordeaux von einer Autobahnbrücke gehängt wurde – Aufschrift: „Lächeln Sie, heute ist Tag ohne Immigranten“ – „feierten“ Anhänger des Bloc identitaire auf ihre Weise den 1. März.

Doch was wäre, würde Frankreich wirklich ohne Einwanderer und ihre Arbeitskräfte da stehen? Bestimmte Wirtschaftszweige, das ist notorisch, würden zusammenbrechen. Dies gilt insbesondere für das Baugewerbe, den Reinigungs- sowie den Hotel- und Gaststättensektor. Es ist kein Geheimnis, dass dies insbesondere daran liegt, dass vor allem Ausländer „ohne Papiere“, also Zuwanderer mit illegalisiertem Status, darauf angewiesen sind, Arbeit zu finden, weil sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Und oft unter Bedingungen beschäftigt werden, die andere Einwohner des Landes nicht akzeptieren würden.

In den vergangenen Jahren hat die Regierung, um Profilierung in ihrem „Kampf gegen illegale Einwanderung“ bemüht, den juristischen Druck durch steigende Strafdrohungen auch auf die Arbeitgeber erhöht. Allerdings gilt: Je wirtschaftlich bedeutender ein Sektor ist, desto weniger hat ein Arbeitgeber in Wirklichkeit etwas zu befürchten, falls er „Illegale“ einstellt. Die Wochenzeitung *Le Canarde enchaîné* berichtete vor nunmehr sechs Wochen über einen Reinigungsbetrieb im südlichen Pariser Umland, der 5.000 Personen beschäftigt, unter ihnen 600 *Sans papiers*, also Illegalisierte. Polizei und Gewerbeaufsicht waren seit längerem auf dem Laufenden, rühren aber keinen Finger: Die Struktur ist viel zu groß, als dass die Politik riskieren würde, so viele Lohnabhängige auf die Straße setzen zu lassen. Der Reinigungsbetrieb säubert übrigens auch den Elysée-Palast.

Lange Zeit war vor allem die Industriearbeit ein bevorzugtes Feld für „Ausländerbeschäftigung“, etwa die französischen Autofabriken. Dort wurden migrantische Arbeiter lange Zeit als „Puffer“ benutzt: In Krisenzeiten wurden sie zuerst entlassen, um den sozialen Unmut unter den „herkunftsfranzösischen“ Arbeitern einzudämmen.

Doch wurde in den letzten Jahren zum Teil eine Gegenbewegung beobachtet: Vor dem Hintergrund des Abbaus von Industriearbeit und ökonomischer Umstrukturierung übernehmen die Immigranten oft eine Avantgarderolle bei der Entwicklung der neuen Dienstleistungsgewerbe. Sei es als Lohnabhängige oder als – neue – Selbständige. *Le Monde* vom 28. Februar/1. März führt an, dass etwa im Informatiksektor überdurchschnittliche 17 Prozent der Beschäftigten ausländische Staatsbürger seien, und bei den Unternehmenszulieferern im Dienstleistungsbereich 16 Prozent.

Bernhard Schmid, Paris ■

:rezensionen, neuerscheinungen

AUFMARSCH. Die rechte Gefahr aus Osteuropa

Gregor Mayer und Bernhard Odenahl zeigen in dem soeben erschienenen Buch die erschreckende Ausbreitung des Rechtsextremismus in den mittel- und osteuropäischen Ländern.

Die beiden Autoren schildern die Lage in sechs Staaten: Ungarn, Tschechien, Slowakei, Kroatien, Serbien und Bulgarien.

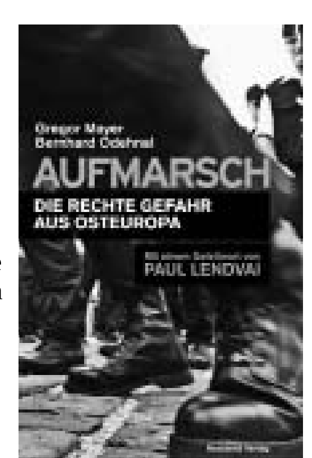
Besonders spitzte sich in den letzten Jahren die Situation in Ungarn zu. Die rechtsextreme Partei Jobbik (auf deutsch: die „Besseren“) erhielt bei den Europawahlen im Vorjahr 15 Prozent der Stimmen und damit drei Abgeordnete. Bei den bald stattfindenden Wahlen zum ungarischen Parlament werden ihnen in Meinungsumfragen und Prognosen rund acht Prozent gegeben, womit sie den Sprung ins Parlament schaffen würden. Jobbik hat sich zu einem richtigen „System“ entwickelt: es umfasst Jugendorganisationen ebenso wie die – zwar verbotene aber weiter marschierende – „ungarische Garde“ (S. 71).

Hass auf Roma (bis hin zum Mord) und Antisemitismus sind die idelogischen Leitsterne der „Besseren“.

Gregor Mayer schildert die Genese des „Erfolgs“ von Jobbik und den nationalistischen Sockel, auf dem die heutigen Rechtsextremen aufbauen konnten und können: das weitgehende Unverständnis der Revolutionäre von 1848 für die von den Ungarn unterdrückten Nationen (Kroaten, Rumänen, Serben); das „Trauma“ von Trianon 1920, bei dem Ungarn zwei Drittel seines Vorkriegsterritoriums einbüßte (S. 22).

Nach der Befreiung 1945 (zuerst das Horthy-Regime, dann ab 1944 die faschistische Pfeilkreuzler-Herrschaft von Hitlers Gnaden) wurden im „realen Sozialismus“ zwar deren Verbrechen angeprangert, der Holocaust jedoch kaum problematisiert. Auf der Basis dieses unaufgearbeiteten his-

torischen Schutts konnte Jobbik die Unzufriedenheit über aktuelle soziale, wirtschaftliche und politische Zustände auf „Juden und Zigeuner“ projizieren – im Bunde und gefördert durch den „Dammbrecher“ Viktor Orban und seine Partei Fidesz (S. 33 ff.).



Die Grenzen des Buchs zeigen sich dort, wo es um die Gründe für diese Unzufriedenheit geht. Die „Reformmaßnahmen“ der diversen ungarischen Regierungen, also deren prokapitalistische Sozialabbau-Konzepte, werden als unerlässlich eingestuft, deren „Verschleppung“ beklagt (S. 41). Im Geleitwort von Paul Lenvai ist sogar generell von „unbestrittenen Erfolgen der neuen Mitglieder der Europäischen Union auf dem Wege zu einer Marktwirtschaft“ die Rede (S. 7). Diese Schieflage zieht sich durch das ganze Buch.

Die Analyse der Autoren geht nicht tief (so fehlen etwa genauere Wählerstromanalysen), völlig unzulänglich sind die vorgeschlagenen praktischen Schritte gegen die extreme Rechte: sie erschöpfen sich im Wesentlichen in Aufklärung, staatlichen Maßnahmen, etwas mehr Zivilcourage und Hoffnung auf die EU: „Wir teilen einen gewissen Werte- und Ideenkanon“ (S. 16).

Dass es gerade der Einfall eines Ausplünderungs-Kapitalismus in Mittel- und Osteuropa nach der „Wende“ ist, der den gesellschaftlichen Nährboden für das Ansteigen der rechtsextremen und zum Teil offen faschistischen Woge darstellt, wird nicht zum Thema.

Ich denke, man/ frau sollte sich das Buch als durchaus informatives „Sachbuch“ geben: um über die – gerade verbotene, aber ebenfalls weiteragierende – rechtsextreme „ Arbeiterpartei“ in Tschechien, über die Ustascha-Nostalgiker in Kroatien oder die bulgarischen Neofaschischisten etwas zu erfahren. Und sich darüber, was an – greifender – Praxis gegen den Rechtsextremismus notwendig ist, selbst einen Reim machen.

Hermann Dworczak ■

Gregor Mayer/Bernhard Odehnal: Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa. Mit einem Geleitwort von Paul Lendvai, Residenz Verlag. St. Pölten- Salzburg. 297 Seiten, 21,90 Euro

Polizei im NS-Staat

Im vergangenen Jahr erschienen im Verlag für Polizeiwissenschaft und in der Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte die Beiträge eines internationalen Symposiums, das sich mit der Polizei im NS-Staat beschäftigte. Kein neues Thema zwar, denn einmal abgesehen vom Blick der Zeithistoriker auf die im Osten eingesetzten Polizeibataillone seit den 1990er Jahren (Goldhagen, Browning u. a.), gibt es seither auch das eigene Interesse der Polizei an ihrer jüngeren Geschichte. Eine bemerkenswerte Veröffentlichung, die 2000 ebenfalls in der genannten Reihe erschien, war die umfassende Untersuchung Martin Luchterhandts „Der Weg nach Birkenau – Entstehung und Verlauf der nationalsozialistischen Verfolgung der ‚Zigeuner'“. Bemerkenswert, weil dieser polizeinahe Verlag es war, der die Veröffentlichung trug: ein Bemühen um Selbstaufklärung artikulierte sich, denn vor allem die im Alltagsverständnis im Vergleich mit der Gestapo als „unpolitisch“ geltende Kripo war am „Weg nach Birkenau“ vielfältig und auf allen Ebenen beteiligt gewesen.

Der Tagungsband von 2009 führt die kritische Abwendung von einer apologetischen Polizeigeschichte, wie sie jahrzehntelang dominierte, entschlossen fort. Wiederum kommen dabei die europäischen Roma in den Blick. Zwei Aufsätze des Tagungsbands thematisieren ihre Verfolgung im Nationalsozialismus.

Martin Holler schreibt über „Ausmaß und Verlauf der Roma-Verfolgung im Operationsgebiet der Heeresgruppe Nord 1941-1944“. Sicherheitspolizei (Sipo) und Sicherheitsdienst (SD) hatten eine führende Rolle bei Verfolgung und Vernichtung der Roma. Sie sei ebenso zielgerichtet und umfassend angelegt gewesen und durchgeführt worden, wie im Fall der jüdischen Minderheit, wenn auch „der Rückgriff auf das antiziganistische Spionage- und Partisanenklischee“ hier eine besondere Bedeutung gehabt habe. Erhebliche Beiträge vor allem an den Tötungen, so an den „Massenerschießungen vom Mai und Juni 1942“, seien auf das Konto von „Abteilungen der Geheimen Feldpolizei oder der Feldgendarmerie“ gegangen.

Thomas Roth vom NS-Dokumentationszentrums Köln beschäftigt sich in „Verbrechensbekämpfung und Verfolgung sozialer Randgruppen“ demgegenüber mit ns-kriminalpolizeilicher Aktivität an der Heimatfront und im Hinterland der Vernichtungslager am Beispiel rheinischer Städte. Im Mittelpunkt steht dabei für ihn Köln. Er ordnet die lokale und regionale Verfolgung der als „Zigeuner“ erfassten und bekämpften Minderheit in den weiteren Zusammenhang einer völkisch orientierten Gesellschaftspolitik und Utopie einer von Abweichlern jeder Art gesäuberten „Volksgemeinschaft“ ein. Das Randgruppenmilieu sei als sozialer und genetisch-biologischer Nährboden der Kriminalität betrachtet worden und das „Zigeunerunwesen“ als ein integraler Teil davon. Die Kölner „Dienststelle für Zigeunerfragen“ habe sich zusammen mit dem Kommissariat für „vorbeugende Verbrechensbekämpfung“ auf dieser Grundlage zum „Schrittmacher“ einer rassenhygienischen Sanierung der städtischen Gesellschaft entwickelt, die seit Kriegsbeginn immer stärker von terroristischen („härteste Strafen“) auf eliminatorische Leitvorstellungen („Ausmerze“) übergegangen sei. Dabei habe „der von der Polizeiführung propagierte Rassismus“ – im Falle von Roma und Sinti also die verbreiteten antiziganistischen Vorstellungskomplexe – eine wesentliche Rolle gespielt. Die beiden Aufsätze vermitteln auf knappem Raum ein anschauliches und eindringliches Bild der Polizei in ihrem Verhältnis zu einer Minderheit, auf die stärker als auf andere Ordnungs-, Sicherheits-, Sauberkeits- und bis zur Vernichtung reichende „Ausschließungsfantasien“ (Roth) bezogen waren.

Ulrich F. Opferman
Quelle: Rundbrief Nevipe ROM e.V. ■

Wolfgang Schulte [Hrsg.]: Die Polizei im NS-Staat. Beiträge eines internationalen Symposiums an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster [Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e. V., Bd. 7], Frankfurt a. M. 2009

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Rechte Professoren in Not?

Junge Freiheit Nr. 8/09 vom 19. Februar 2009

Das Blatt beklagt in seinem Aufmacherartikel, an bundesdeutschen Hochschulen herrsche der „Muff der Unfreiheit“, „unbequeme Hochschullehrer“ würden an den Pranger gestellt. In Wirklichkeit verbirgt sich hinter der Klage die Kritik eines Konstanzer Studierendenbündnisses gegen den außerplanmäßigen Professor Jost Bauch. Bauch hat bei pro köln referiert, er schreibt in unregelmäßigen Abständen im Blatt. Er lehrt Gesundheitssoziologie, bei seiner Tätigkeit in der rechten Szene konzentriert er sich auf die „Diskussion um Minarette, Kopftuch, Burka, Ehrenmorde, Schächten, Frauenbeschneidung, Zwangsehe, migrantische Jugendgewalt …“ und vertritt unter dem Deckmantel des wissenschaftlichen Diskurses, dass Europa in 50 Jahren muslimisch sein werde, dass die Politik „verstärkt nach dem Muster Freund/Feind“ denken müsse.

Nun hat der arme Professor nach der öffentlichen Kritik an solchen rechten Thesen nicht mehr 25 sondern nur noch sechs Seminarteilnehmer in Konstanz – die öffentliche Kritik gefährde seine wirtschaftliche Existenz. Für das Blatt ein neuer Beweis, dass die 68er den öffentlichen Diskurs beherrschen. Dass die ausgrenzenden Ideologien zu Mord und Schlimmerem führen können, ficht das Blatt nicht an.

Gender Mainstreaming und die binäre Geschlechtswelt

Junge Freiheit Nr. 9/09 vom 26. Februar 2009

Eine „Linke Kulturrevolution“ nennt das Blatt das Prinzip des Gender Mainstreaming, dass in Betrieben, Behörden und Politik für mehr Geschlechtergerechtigkeit sorgen soll.

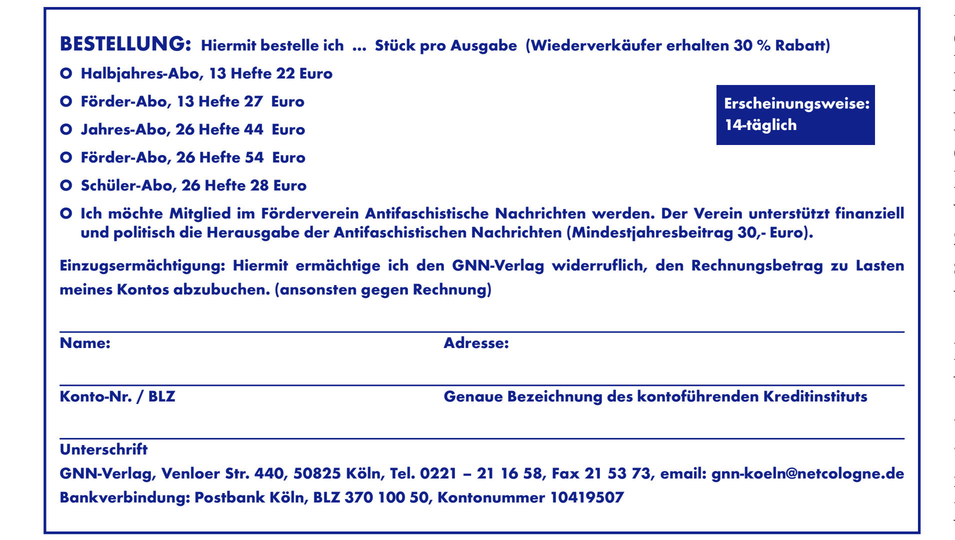
Allerdings sind die angeblichen Tatsachen über Geschlechtergerechtigkeit, die das Blatt verbreitet, weit von der Wahrheit entfernt. Blattautorin *Ellen Kositza* behauptet: „Gleichstellung lautet die Devise und letztlich Gender Mainstreaming (GM) die Zielstellung. Das heißt nicht weniger als die Aufhebung des herkömmlichen binären Geschlechtersystems mit zwei Exponenten: Mann und Frau.“

Dass es herkömmlich in allen Gesellschaften bi- oder homosexuelle Menschen gegeben hat, ficht sie nicht an. Die österreichische FPÖ-Ministerin aus Kärnten, Barbara Rosenkranz, behauptet gar: „Gleichberechtigung von Mann und Frau setzt voraus, dass es Mann und Frau gibt. Bei GM dagegen geht es darum, Mann und Frau sollen abgeschafft werden.“ Ob solche hanebüchenen Ideen dazu beitragen, das rechtskonservative Familienbild angesichts der realen Entwicklung zu retten, wird sich zeigen.

Pro NRW kandidiert zur Landtagswahl

Junge Freiheit Nr. 9/09 vom 26. Februar 2009

Die Landesliste von Pro NRW ist nach Aussagen von Markus Beisicht von ausreichend vielen Bürgerinnen und Bürgern unterstützt worden, die Kandidatur auf Landesebene damit gesichert. Über den Stand der Direktkandidaturen erfährt man nichts. „In ihrem Programm setzt Pro NRW nach wie vor schwerpunktmäßig auf den Kampf gegen die Islamisierung. Sie will die Zuwanderung bekämpfen, für mehr innere Sicherheit sorgen und mehr soziale Gerechtigkeit schaffen.“ schreibt das Blatt. Sollte es mit dem Einzug nicht klappen, wolle man dennoch optimistisch bleiben. „Irgendwann erzielen wir ähnliche Ergebnisse wie die FPÖ und Vlaams Belang“, wird Markus Wiener zitiert. *uld* ■



Karl Richter, NPD, soll aus Reservistenverband ausgeschlossen werden

In einer Pressemitteilung hat der Pressesprecher der NPD, Klaus Beier gegen den Ausschluss-Beschluss des Reservistenverbandes der Bundeswehr gegen den stellv. Parteivorsitzenden und Münchner Stadtrat der NPD Karl Richter protestiert. Der Ausschluss wird begründet mit Richters Verhalten bei seiner Vereidigung zum Stadtrat, wo er den „Hitlergruß“ zeigte und was auch ein gerichtliches Nachspiel hatte. Der Reservistenverband sieht einen „unüberbrückbaren Programm- und Interessengegensatz zwischen den Zielen der NPD“ und dem Verband. Richter hat beim Schiedsgericht des Reservistenverbandes in Bonn Berufung eingelegt. Interessant an der PM ist vor allem dieser Hinweis: „Richter hatte zuletzt Wehrübungen als Ausbilder beim Gebirgsjägerbataillon 233 in Mittenwald absolviert, das jüngst wegen harmloser (!) Rekruten-Rituale in die Schlagzeilen geraten war.“

Geschichtsrevisionistische Ergüsse

Nationalzeitung Nr. 8/9-2010

Gleich vier Seiten widmet die Nationalzeitung Nr. 8 dem Thema Dresden. Ihr Star-Historiker David Irving hat mal wieder neue Dokumente entdeckt, die eindeutig „beweisen“, wie viel Menschen wirklich in Dresden starben, ihrer Meinung nach auf jeden Fall über 100.000 Menschen, statt 20- 30.000, wie es offiziell heiße. „Der Bombenterror gegen Deutschland“ wird auf einer weiteren Seite breitgewalzt, wo dann auch noch die Bombardierung Guernicas so dargestellt wird, als habe die Legion Condor auf eine Brücke und bestimmte Straßen gezielt. Leider habe es viele Häuser gegeben, die aus Holz waren und mit abbrannten. Zynischer geht’s nicht oder doch: Eine deutsche Verantwortung am Bombenkrieg wird glatt zurückgewiesen, den habe England begonnen, die Bombardierung Warschaus oder Rotterdams seien dagegen „kriegsvölkerrechtlich absolut zulässige Einsätze der Luftwaffe“ gewesen. In Bezug auf die verhinderte JLO-Demonstration freut sich das Blatt über die Stellungnahme der Deutschen Polizeigewerkschaft Landesverband Sachsen (in AN 4-2010 auszugsweise dokumentiert), die ein „massives Einschreiten“ gegen „linke Gewalttäter und Chaoten“ gefordert hat. Die Staatsanwaltschaft prüfe nun, ob das Blockieren des „Trauermarsches“ rechtswidrig war. Das rechte Lager habe dagegen keine Bilder „einer pöbelnden, aggressiven und unkontrollierbaren Masse“ geliefert, heißt es. Dass anschließend in Pirna 400 rechte Randalierer unterwegs waren, bleibt unerwähnt. *u.b.* ■